

AfD

PROGRAMM DER AfD BERLIN

für die Wahlen am
20. September 2026

BERLIN.

STARK.

MACHEN.



LIEBE BERLINER,

Berlin ist nicht irgendeine Stadt. Berlin ist das Zentrum Europas. Berlin ist die deutsche Hauptstadt mit einer großen und wechselvollen Geschichte. Aber Berlin ist auch eine Stadt, von deren Fassaden nicht nur der Glanz der Vergangenheit bröckelt, ihr Zustand ist geradezu bedrohlich. Berlin ist eine Stadt im Niedergang.

Es ist allerhöchste Zeit, diesen Verfall aufzuhalten. Wir müssen unsere Stadt wieder stark machen. Damit das gelingt, braucht Berlin dringend eine politische, wirtschaftliche und soziale Wende. Es braucht einen Neuanfang, damit Berlin wieder zu einer florierenden und sozialen Metropole mit hoher Lebensqualität wird, deren Glanz weit über die nationalen Grenzen hinausstrahlt.

Dafür stehen wir als AfD mit diesem Wahlprogramm ein. Es ist unser Kompass für ein starkes Berlin und den dringend notwendigen Wandel. In diesem Programm setzen wir klare Prioritäten. Wir bekennen uns zu der mit dieser Aufgabe verbundenen Verantwortung und sind bereit, diese zu übernehmen.

Im Zentrum unserer Politik stehen die Berliner mit ihren Familien. Wir machen Politik für all diejenigen, die hier leben, arbeiten und Steuern zahlen. Sie haben ein Recht darauf, dass ihre Stadt sauber und sicher ist. Sie haben ein Recht auf funktionierende U- und S-Bahnen sowie auf Straßen ohne Schlaglöcher und ohne Dauerbaustellen, die kilometerlange Staus produzieren. Sie haben ein Recht auf eine funktionierende Verwaltung und auf gut ausgestattete Schulen, die wieder dem Bildungsanspruch einer Wissensgesellschaft gerecht werden.

Wir werden dafür sorgen, dass Berliner wieder bezahlbare Wohnungen finden. Bei der Vergabe landeseigener und geförderter Wohnungen erhalten sie Vorrang vor allen anderen Bewerbern. Wohnungen sind keine Asylunterkünfte, Wohnungen sind das Zuhause von Berlinern, die gerne hier leben.

Wir wollen die unhaltbaren Zustände in unserer Stadt beenden und sie zu einer der lebenswertesten Metropolen Europas machen. Wir treten dafür an, dass die Berliner wieder stolz sein können auf ihre Stadt. Wir reden nicht, sondern handeln im Interesse der Bürger. Für die Berliner. Für unsere Stadt.

BERLIN.STARK.MACHEN.

Herzlich Ihre

Dr. Kristin Brinker

Landesvorsitzende und Kandidatin
für das Amt des Regierenden Bürgermeisterkandidatin

Inhaltsverzeichnis

1. Bauen & Wohnen	4
2. Innere Sicherheit, Justiz & Datenschutz	12
3. Zuwanderung, Asyl & Staatsangehörigkeit	22
4. Schule & Bildung	30
5. Hochschulen, Wissenschaft & Forschung	38
6. Verkehr	46
7. Wirtschaft & Soziales	52
8. Alle Energie für Berlin	62
9. Kinder, Jugend & Familie	66
10. Sport	76
11. Gesundheit	82
12. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	90
13. Natur & Umwelt	96
14. Kunst, Kultur, Medien und Erinnerungspolitik	104
15. Haushalt & Finanzen	114

BAUEN

& WOHNEN



MEHR BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR BERLIN

In den vergangenen Jahren hat sich die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt weiter verschärft. Der durch die unkontrollierte Migrationspolitik verursachte Bevölkerungszuwachs hat bei gleichzeitiger Erschwerung des Neubaus die Angebotsmieten auf ein Allzeithoch getrieben und den Bedarf an Sozialwohnungen vervielfacht. Als Folge der daraus resultierenden großen Unterschiede zwischen Bestands- und Angebotsmieten und eines zu geringen Wohnungsangebots verbleiben die Berliner in ihren Wohnungen und ziehen selbst bei verändertem Wohnungsbedarf kaum noch um: Der Wohnungsmarkt ist „eingefroren“. Auch der seit 2023 amtierende schwarz-rote Senat ist mit seinen Bemühungen um den Wohnungsbau weitgehend gescheitert. Es ist ihm nicht gelungen, eine durchgreifende Reduzierung von Bauvorschriften und Überregulierungen anzustoßen, um dadurch ein positives Klima für private Investitionen in den Neubau sowie die Bestandserhaltung zu schaffen. Nicht zuletzt deshalb fehlt vor allem für Gering- und Mittelverdiener bezahlbarer Wohnraum.

Vorrang für Einheimische – unsere Forderungen, um Wohnen für Berliner wieder bezahlbar zu machen:

Vorrang für Einheimische – faire und sozial gerechte Vergabe von gefördertem Wohnraum

In Berlin wächst seit Jahren die Kluft zwischen dem, was Berliner mit langjährigem Lebens- und Arbeitsmittelpunkt für unsere Stadt leisten, und ihren Chancen, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir treten deshalb dafür ein, dass Berliner, die hier geboren sind oder seit vielen Jahren in unserer Stadt leben, bei der Vergabe von gefördertem Wohnraum vorrangig berücksichtigt werden. Dies betrifft Mietwohnungen ebenso wie Bestände der landeseigenen Wohnungsunternehmen, die veräußert werden sollen. Wer hier arbeitet, Steuern zahlt und sein Leben aufgebaut hat, darf nicht länger benachteiligt werden. Die Vergabe von gefördertem Wohnraum muss deshalb in einem transparenten, fairen und überprüfbaren Verfahren in erster Linie den Berlinern zugutekommen. Hierzu werden wir ein Punktesystem einführen, das die Wohnsitzdauer mit sozialen Kriterien wie Einkommenshöhe, Kinderzahl, Pflegeverantwortung und Tätigkeit in systemrelevanten Bereichen (Polizei, Feuerwehr, Kran-

kenversorgung, Pflege, Kinderbetreuung, Nahverkehr, Müllabfuhr u. a. m.) kombiniert.

Schaffung von Wohnraum für Einheimische

Die bereits jetzt bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten für die Schaffung von Wohnraum bevorzugt für Einheimische wollen wir konsequent nutzen. Dazu ist das Modell der kooperativen Baulandentwicklung dahingehend anzupassen, dass der geschaffene Wohnraum grundsätzlich bevorzugt Einheimischen nach dem Punktesystem zur Verfügung gestellt wird.

Mehr Mietwohnungen durch weniger

Regulierung – private Investitionen erleichtern

Die beste Mietpreisbremse ist ein ausreichendes Wohnungsangebot. Deshalb wollen wir alle Hindernisse beseitigen, die das Angebot von Mietwohnungen einschränken. Die private Wohnungswirtschaft, der größte Anbieter von Mietwohnungen in Berlin, soll durch ein investitionsfreundliches Klima dazu ermutigt werden, wieder mehr in den Bau von Mietwohnungen zu investieren. Wir lehnen planwirtschaftliche Instrumente und die Enteignung von Wohnungsunternehmen strikt ab, da durch sie nicht nur keine einzige neue Wohnung entsteht, sondern darüber hinaus Unternehmen ebenso wie private Vermieter von Investitionen in den Neubau und in den Bestandserhalt abgeschreckt werden.

Sozialer Wohnungsbau: Mietzuschüsse statt ewiger

Wartezeiten – Subjektförderung statt Objektförderung

Wir wollen die Bürger nicht auf den Bau neuer Sozialwohnungen vertrösten, sondern ihnen durch die Gewährung von Mietzuschüssen ermöglichen, selbst eine Wohnung auf dem freien Markt zu mieten. Wir setzen uns deshalb für eine Ergänzung des Wohngeldes um Mietzuschüsse für Inhaber eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) ein.

Fehlbelegungsabgabe wieder einführen

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass mehr als die Hälfte der Mieter von Sozialwohnungen nicht (mehr) sozial bedürftig ist. Um die Belegung dieser Wohnungen sozial gerecht zu gestalten, wollen wir die Fehlbelegungsabgabe wieder einführen. Um den Missbrauch zu verhindern, setzen wir uns für ein generelles Verbot der Untervermietung von Sozialwohnungen ein.

Milieuschutz begrenzen

Die Ausweisung von Wohnvierteln als Milieuschutzgebiete (§ 172 BauGB)

dient dem Zweck, die Zusammensetzung der bestehenden Wohnbevölkerung zu erhalten, ist aber auch mit erheblichen Nebenwirkungen verbunden. So stehen bauliche Veränderungen unter Genehmigungsvorbehalt mit der Folge, dass nicht kontinuierlich in die Verbesserung des Wohnraumes investiert wird. Dies steht im Gegensatz zu der Notwendigkeit, auf die Alterung der Gesellschaft mit entsprechenden Anpassungen des Wohnungsbestandes zu reagieren. Nicht zuletzt unterbleibt in Milieuschutzgebieten auch eine weitere Neubautätigkeit. Wir streben eine Gesetzesänderung an, so dass bauliche Veränderungen und Neubautätigkeit leichter durchgeführt werden können. Unser Ziel ist darüber hinaus, dass Mieter leichter zu Eigentümern werden können.

Sonderbaurecht für Berliner

§ 246 BauGB enthält umfassende Sonderregelungen für die Errichtung von Unterkünften für „Flüchtlinge“ und „Asylbegehrende“. Dies führt zu einer städtebaurechtlichen Privilegierung der Belange von ausländischen Personengruppen, die sich in Deutschland aufhalten und weder Staatsbürger von EU-Mitgliedstaaten sind noch über anderweitige Rechte zum dauernden Aufenthalt verfügen. Die Belange der einheimischen Bevölkerung werden demgegenüber vernachlässigt.

Wir setzen uns deshalb für eine Neufassung des § 246 BauGB mit dem Ziel ein, ein Sonderbaurecht speziell für Einheimische in angespannten Wohnungsmärkten zu schaffen. Damit soll auch für diese Personengruppe eine erleichterte und schnell realisierbare Schaffung von Wohnraum ermöglicht werden. Hierzu sollen insbesondere Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB Abs. 1 und 2 erleichtert sowie die Änderung von Bebauungsplänen im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB ermöglicht werden.

Weniger Wohnnebenkosten durch transparente Heizkostenabrechnungen für Mieter

Die infolge der gescheiterten „Energiewende“ und steuerlicher Belastungen stark gestiegenen Preise für Strom, Gas und Heizöl wirken sich auch auf die Kosten der Fernwärmeversorgung aus. Dies hat nicht nur für Mieter der landeseigenen Wohnungsgesellschaften zu teilweise drastischen Nachzahlungen geführt, ohne dass die hierfür ursächlichen Faktoren aus den Betriebskostenabrechnungen nachvollziehbar sind – insbesondere bei der Wärmeversorgung durch sogenanntes Wärme-Contracting. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass in den Heizkostenabrechnungen künftig sämtliche Kostenfaktoren für die Mieter transparent offengelegt werden müssen, um so einen Kostenvergleich zwischen verschiedenen

Anbietern zu ermöglichen. Darüber hinaus werden wir die landeseigenen Wohnungsunternehmen verpflichten, den Einkauf der von Ihnen bezogenen Energieträger unabhängig von kurzfristigen Schwankungen der Börsenpreise zu gestalten. Verstöße gegen diese Verpflichtung werden wir durch eine gesetzliche Deckelung von Nachforderungen sanktionieren. Für unklare Abrechnungen werden wir eine Umkehr der Beweislast einführen.

Weniger Wohnnebenkosten durch Abschaffung der Grundsteuer

Längst sind die Nebenkosten einer Immobilie zur „zweiten Miete“ geworden. Dies trifft insbesondere auf die Grundsteuer zu, denn sie muss nicht nur von den Immobilieneigentümern selbst, sondern als Nebenkostenumlage auch von den Mietern gezahlt werden. Zur dauerhaften Entlastung von Eigentümern und Mietern fordern wir, dass sich das Land Berlin im Bundesrat für eine vollständige Abschaffung der Grundsteuer und einen Ausgleich des finanziellen Ausfalls bei den Kommunen durch den Bund einsetzt.

Genossenschaften stärker fördern

Wohnungsbaugenossenschaften gewährleisten neben dem Wohneigentum die beste Form günstigen und hochwertigen Wohnens. Da durch das Genossenschaftsmodell jeder Mieter auch Miteigentümer ist, haben Genossenschaften ein Eigeninteresse an der Erhaltung ihrer Bestände und der Sicherung tragbarer Mieten. Wir werden durch die verstärkte Förderung des Genossenschaftswesens mehr Bürgern zu genossenschaftlichem Wohnraum verhelfen. Dazu werden wir die Genossenschaften bei der Vergabe landeseigener Baugrundstücke bevorzugen. Dies gilt besonders für solche Genossenschaften, die bereits über lange Zeit ihre Verlässlichkeit unter Beweis gestellt haben. Auch für den Fall der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände sollen Genossenschaften bevorzugt werden.

Mehr Wohneigentum für die Berliner – Art. 28 der Berliner Verfassung ernst nehmen

Wohneigentum schützt vor Altersarmut, Gentrifizierung und Mietsteigerungen. Wer im Ruhestand in seiner abbezahlten Wohnung lebt, steigert durch den Wegfall von Mietzahlungen sein verfügbares Einkommen spürbar. Angesichts der desolaten Lage der gesetzlichen Rente wird deshalb die Bildung von Wohneigentum immer wichtiger. Anders als in der EU, wo ca. 70 % der Bürger über Wohneigentum verfügen, sind dies in Berlin gerade einmal 15 %. Nach einer Studie der EZB ist die geringe Wohnei-

gentumsquote die maßgebliche Ursache dafür, dass die Deutschen von allen EU-Bürgern das geringste Haushaltsvermögen haben. Italiener und Franzosen zum Beispiel sind zwei bis dreimal vermögender als die Deutschen. Weil die Berliner Politik die Bürger glauben machen will, eine geringe Wohneigentumsquote sei gut, soll nach dem Willen des Senats Berlin eine Mieterstadt bleiben. Diese Politik verhindert indessen die Bildung von Vermögen und widerspricht damit Art. 28 Abs. 1 der Berliner Verfassung, der den Senat zur Förderung der Bildung von Wohneigentum verpflichtet.

Förderung der Wohneigentumsbildung durch öffentliche Bürgschaften und die Abschaffung der Grunderwerbssteuer für selbstgenutztes Wohneigentum

Wir werden Art. 28 Abs. 1 der Berliner Verfassung wieder mit Leben erfüllen, indem wir die Bürger mit eigenkapitalersetzenden Bürgschaften beim Eigentumserwerb unterstützen. Wer über ein ausreichendes Einkommen zur Bedienung eines Wohnungskredits verfügt, diesen aber wegen fehlenden Eigenkapitals von den Banken nicht erhält, soll eine öffentliche Bürgschaft für die Finanzierung seiner Wohnung erhalten.

Ergänzend zur Gewährung öffentlicher Bürgschaften für den Erwerb von Wohneigentum werden wir die Grunderwerbsteuer für einheimische Erst-erwerber selbstgenutzten Wohneigentums vollständig abschaffen, dafür aber eine Grunderwerbsteuer in Höhe von 20 % für außerhalb des EU-Raums ansässige Investoren einführen.

Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren durch Bürokratieabbau

Damit Bauen in Berlin wieder schneller geht, werden wir die umfangreichen Regelungen der Berliner Bauordnung entschlacken und weiter vereinfachen. So kann etwa im Falle eines genehmigten Neubaus auf die Abrissgenehmigung für die Vorbebauung verzichtet werden. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, die aktuellen energetischen Baustandards bei der Gebäudedämmung auf das Niveau der frühen 2000er-Jahre zurückzusetzen, da die damit verbundenen Kosten sowie der bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zu dem damit erzielbaren energetischen Effizienzgewinn stehen. Die Einführung zusätzlicher landesrechtlicher Verpflichtungen, wie die Nachrüstung von Fotovoltaikanlagen, lehnen wir strikt ab.

Schutz von Kleingärten

Der Erhalt der innerstädtischen Kleingartenanlagen ist für die Berliner AfD ein zentrales landespolitisches Anliegen. Hierfür wollen wir die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Grünflächen/Kleingartenanlagen der Schutzkategorie 2 nach dem Kleingartenentwicklungsplan langfristig erhalten und durch festgesetzte Bebauungspläne weiter sichern. Ebenso wollen wir die Berliner Wochenendsiedlungen wirksam sichern. Aufgrund der wachsenden sozialen Not streben wir an, für Wochenendsiedler ein Dauerwohnrecht – zeitlich begrenzt auf zunächst 20 Jahre – auszugestalten.

INNERE SICHERHEIT, JUSTIZ & DATENSCHUTZ





Innere Sicherheit, Justiz & Datenschutz

Stärkung von Polizei und Justiz

Die aktuelle Sicherheitslage in Berlin ist seit Jahren prekär. Unter der schwarz-roten Regierung hat sich die Sicherheitslage noch einmal verschärft. Täglich gibt es Meldungen von Messerstechereien und sonstigen gewaltsamen Übergriffen, oft mit tödlichem Ausgang. 2025 verzeichnete die Berliner Polizei 3.599 Fälle im Zusammenhang mit Messerangriffen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist seit Jahren aus, dass Nicht-deutsche unter den ermittelten Tatverdächtigen weit überproportional vertreten sind, insbesondere bei Gewalt- und Sexualdelikten. Die Kriminalitätsbelastung in Berlin ist damit zu einem erheblichen Teil Folge einer jahrelangen unkontrollierten Migrationspolitik. Dauerhafte Sicherheit ist in unserer Stadt nur durch eine konsequente Remigrationspolitik herstellbar. Auch die Angriffe gegen Polizei und Rettungskräfte haben stark zugenommen. Seit 2001 wurde das Personal bei der Berliner Polizei verringert. Trotz Nachbesserung auf Druck der AfD fehlt es massiv an Personal. Zudem verstößt Berlin gegen den Grundsatz der leistungsgerechten Alimentierung. Geradezu beschämend ist der Zustand der Gebäude der Polizei, Justiz und Feuerwehr: Allein der Sanierungsstau der Liegenschaften der Berliner Polizei beläuft sich auf 2,3 Mrd. Euro (Stand August 2025). In vielen Liegenschaften herrschen eklatante Hygienemängel und Gesundheitsgefahren.

Wir wollen, dass Polizei und Justiz handlungs- und leistungsfähig sind. Der Grundsatz der Bestenauslese muss uneingeschränkt gelten. Quotenregelungen lehnen wir ab. Eine angemessene und leistungsgerechte Alimentierung unserer Beamten ist zu gewährleisten. Gute Ausrüstung und gute Arbeitsbedingungen sind zu garantieren: Polizei und Justiz müssen in gut ausgestatteten Gebäuden mit entsprechender digitaler Ausstattung arbeiten können. Schutzausstattung, Bewaffnung und technische Ausrüstung unserer Polizei haben dem aktuellen Stand der Technik zu entsprechen. Wir wollen die Polizei entlasten, indem wir eine Bezirkspolizei, die bei den Ordnungsämtern angesiedelt ist, einführen. Die Befugnisse der Ordnungsamtskräfte sollen auf Durchgriffsrechte bei nicht erheblichen Straftaten (z. B. Sachbeschädigung) erweitert werden. Durch die Schaffung einer Bezirkspolizei wird die Landespolizei stark entlastet und bestimmte Verwaltungsakte können somit vom Anfang bis zum Ende aus einer Hand (Bezirkspolizei/Ordnungsamt) durchgeführt

werden. Folgende Aufgaben sollen auf die Bezirkspolizei übertragen werden: Identitätsfeststellung, Durchsuchung von Personen und Gegenständen, das Erteilen von Platzverweisen sowie die Anwendung von unmittelbarem Zwang.

Berlin leidet in besonderem Maße unter Ausländerkriminalität. Der Migrationshintergrund bei Straftätern muss daher klar benannt und erfasst werden. Außerdem wollen wir, dass künftig der Anteil der deutschen Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund bei Straftaten erfasst wird. Die überproportional hohe Straffälligkeit ausländischer Tatverdächtiger und deutscher Tatverdächtiger mit Migrationshintergrund darf weder statistisch verschleiert noch politisch verharmlost werden. Ebenso sind mutmaßliche deutsch- und christenfeindliche Hintergründe auszuweisen und gesondert zu erfassen.

Die AfD fordert:

- Die sofortige Aufhebung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und die Überarbeitung anderer sicherheitsrelevanter Gesetze.
- Eine vollständige Videoüberwachung in allen Brennpunktbereichen.
- Die Einführung mobiler Polizeiwachen in Problemvierteln sowie die Schaffung eines dichteren Netzes stationärer Polizeiwachen.
- Eine rechtliche Grundlage für kriminalitätsbezogene nächtliche Ausgangssperren für jugendliche Intensivtäter.
- Mehr Polizeikontrollen ohne Anlass in Problemvierteln.
- Die Wiedereinführung eines absoluten Vermummungsverbotes bei Versammlungen.
- Die Erhöhung des Personals bei der Polizei, der Justiz und der Feuerwehr und die Sicherstellung einer ausreichenden Ausbildung des Nachwuchses.
- Keine Senkung der Einstellungsvoraussetzungen und keine Quotenregelungen.
- Die Fortführung der Anhebung der Zulagen sowie eine leistungsgerechte Alimentierung der Beamten.
- Die Schaffung besonderer finanzieller Anreize für besonders gefahren-geneigte Tätigkeiten bei Polizei und Feuerwehr.
- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Ausrüstung der Polizei sowie der Justiz, im Strafvollzug, bei den Finanzermittlern, einschließlich der Sanierung maroder Gebäude und eines Neubaus für das Verwaltungsgericht.
- Schaffung von digitaler Infrastruktur, ggf. die Etablierung von KI.
- Die Einführung einer Bezirkspolizei.

- Die klare Benennung und statistische Erfassung des Migrationshintergrunds deutscher Tatverdächtiger sowie der Delinquenz ausländischer Tatverdächtiger.
- Die gesonderte statistische Erfassung antisemitischer, deutsch- und christenfeindlicher Vorfälle.

Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Clan-Strukturen

Mit 66 Ermittlungskomplexen und 485 Tatverdächtigen im Jahr 2023 ist Berlin die Hauptstadt der organisierten Kriminalität. Angesichts der stark gestiegenen Zahl der Tatverdächtigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist insbesondere die organisierte Kriminalität überwiegend importierte Kriminalität. Eingewanderte Großfamilien wie Abou-Chaker, Miri, Remmo oder Al-Zein haben es durch organisierte Verbrechen zu erheblichem Reichtum und Macht gebracht. Die seit Jahrzehnten in Berlin ansässigen arabisch-libanesischen Clanstrukturen sehen sich zunehmend mit einer kriegserfahrenen und noch brutaleren Clankonkurrenz aus Syrien, dem Irak oder aus Tschetschenien konfrontiert. Diese zusätzliche Verschärfung ist eine unmittelbare Folge der illegalen Massenmigration seit 2015. Die Kriege verfeindeter Clans werden offen in Berlin getragen und enden zunehmend tödlich. Kriminelle Familienclans, Rockerbanden und andere Gruppierungen mit mafiösen Strukturen stellen den Rechtsstaat in Frage, betreiben Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, sie zwingen Frauen, Mädchen und junge Männer zur Prostitution und begehen schwere Diebstahlsdelikte und gefährliche Körperverletzungen, bis hin zum Mord. Es sind alle rechtsstaatlich gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, um Organisierte Kriminalität, insbesondere Clankriminalität, zu bekämpfen. Eine entschlossene Remigrationspolitik ist zwingend geboten: Die konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Straftäter und Clanmitglieder ohne Bleiberecht schwächt bestehende Clanstrukturen nachhaltig und verhindert die Bildung neuer Strukturen. Tatverdächtige der organisierten Kriminalität müssen innerhalb von 48 Stunden dem Bereitschaftsrichter zur Vorbereitung einer Hauptverhandlung vorgeführt werden. Die entstandene Paralleljustiz muss bekämpft werden. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben. Die Durchsetzung des Rechts muss Aufgabe des Staates sein und bleiben. Die Beschlagnahme und Einziehung kriminell erworbenen Vermögens ist konsequent auf alle Clans und Strukturen der Organisierten Kriminalität (OK) anzuwenden.

Die AfD fordert:

- Die Einrichtung einer Sondereinheit bei der Ausländerbehörde, die die Ausweisung und Abschiebung ausländischer Krimineller, insbesondere

solcher aus dem Bereich der Clan- und organisierten Kriminalität, bündelt und forciert.

- Gründung einer Arbeitsgruppe „Ident“ bei der Polizei, welche die Identität und Herkunft von Kriminellen aus dem Clan-Milieu klärt, um so ihre Abschiebung zu erleichtern.

Berliner Justiz reformieren

Die Berliner Justiz ist chronisch überlastet. Nur jede zweite Straftat wird in Berlin aufgeklärt. Diese Überlastung führt u. a. dazu, dass gefährliche Verdächtige aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen. Die AfD fordert deshalb eine konzertierte Justizreform, um die volle Einsatz- und Handlungsfähigkeit der Berliner Justiz wiederherzustellen.

Die AfD fordert:

- Die Wiedereinführung der Regel „Alt frisst Neu“: Verfahren gegen wiederholt Beschuldigte sollen vom gleichen Dezernenten bearbeitet werden, um eine täterorientierte Bearbeitungsweise zu ermöglichen und einer Zersplitterung der Verfahren entgegenzuwirken.
- Die Neustrukturierung der Zuständigkeiten der Berliner Staatsanwaltschaft: Ziel ist eine flächendeckende und effiziente Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei auch in den allgemeinen Abteilungen, analog zu den thematisch strukturierten Spezialabteilungen wie z. B. bei Tötungsdelikten. Die sechs Polizeidirektionen sollen je einer Hauptabteilung der Staatsanwaltschaft zugewiesen werden.
- Bei der Jugendkriminalität: Das Strafmündigkeitsalter soll von 14 auf 12 Jahre abgesenkt werden und das Erwachsenenstrafrecht ab 18 Jahren angewendet werden. Die Ausweitung beschleunigter Verfahren im Jugendstrafrecht bei leichten und mittleren Delikten (Neuköllner Modell) soll forciert werden. Der „Warnschussarrest“ soll bis zu drei Monaten möglich sein. Die Verhängung einer Jugendstrafe soll bereits ab drei Monaten möglich sein.
- Die Verschärfung des Strafrahmens der gefährlichen Körperverletzung bei Angriffen mit Messern, Schnellverfahren bei Messerdelikten, zügige Abschiebung ausländischer Messerstraftäter sowie die Ausweitung anlassloser Kontrollen an kriminalitätsbelasteten Orten. Messerverbotzonen lehnen wir als reine Symbolpolitik ab.
- Die Aufklärung über die Möglichkeit der chemischen Kastration für Sexualstraftäter in den Justizvollzugsanstalten.
- Die Erhöhung der Sicherheit im Justizvollzug, die konsequente Bekämpfung von Straftaten im Strafvollzug.
- Kein Strafvollzug für biologische Männer im Strafvollzug für Frauen.

- Eine religiöse Gefangenenseelsorge, die finanziell nur durch die Glaubensgemeinschaften getragen werden soll.

Abschaffung der kleinen Majestätsbeleidigung (§ 188 StGB)

Der § 188 StGB ist vom Instrument eines besonderen und daher ohnehin zweifelhaften Ehrenschatzes für Politiker zu einer Methode der Bekämpfung kritischer Äußerungen mit Mitteln des Strafrechts verkommen. Deutsche Staatsanwälte, die im US-Fernsehen die von ihnen Verfolgten verhöhnen, sind ein abschreckendes Beispiel. Für findige Unternehmer ist der § 188 StGB längst zu einem lukrativen Geschäftsmodell geworden. Der möglicherweise ursprünglich beabsichtigte Regelungszweck ist damit verfehlt und völlig pervertiert worden. Dies schadet dem Ansehen von Justiz und Demokratie erheblich. Die §§ 185 und 187 StGB sind zum Ehrenschatz völlig ausreichend. Eines Sonderrechts für Politiker bedarf es nicht.

Die AfD fordert:

- Eine Bundesratsinitiative Berlins zur ersatzlosen Streichung des § 188 StGB.

Politischen und religiösen Extremismus bekämpfen

Berlin ist das Land mit der meisten politischen Gewalt: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung sowie Widerstandsdelikte. Auch die meisten Gewalttaten mit Bezug zu einer religiösen Ideologie werden in Berlin verübt. Seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 kommt es in Berlin fast täglich zu propalästinensischen Demonstrationen und antisemitischen Attacken. Die Zahl der jüden- und israelfeindlichen Straftaten ist auf Rekordniveau. Berlin hat sich zu einer Hochburg von Salafisten und Anhängern des Islamischen Staates (IS) entwickelt. Die Zahl der gewaltbereiten Salafisten in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht.

Die linksextremistische Szene ist mit der islamistischen Szene verschmolzen, womit eine deutliche Erhöhung der Gefahrenlage insgesamt einhergeht. Berlin ist zwischenzeitlich zum Schwerpunkt israelbezogener Straftaten geworden. Dass Juden in unserer Stadt aufgrund solcher Kräfte nicht mehr sicher sind, ist unerträglich.

Der politische und religiöse Extremismus bedroht zunehmend unsere Sicherheit und unsere demokratische Grundordnung. Wir wollen unsere Bürger vor Extremisten schützen. Die Sicherheit muss gewährleistet sein.

Jede Bedrohung durch Extremismus muss wirksam bekämpft werden. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar.

Die AfD fordert:

- Die Beendigung sämtlicher Förderprogramme für linksextremistische Organisationen sowie für als NGOs getarnte linke Vorfeldorganisationen, um die staatliche Neutralität wiederherzustellen.
- Die Beobachtung linksextremistischer Kampagnen wie „Switch Off“ und ihrer Vorfeldstrukturen durch den Verfassungsschutz.
- Eine Strafverschärfung für Angriffe auf Kritische Infrastrukturen (KRITIS).
- Eine stärkere Überwachung des islamistischen Extremismus.
- Die Bekämpfung paralleler Rechtsstrukturen.
- Die konsequente Abschiebung islamistischer Gefährder auch in Herkunftsländer wie Syrien und Afghanistan.
- Die Einführung eines generellen Vermummungsverbots auf Demonstrationen und die Schaffung eines Veranstaltungssicherheitsgesetzes.
- Die konsequente Rückführung ausländischer Straftäter, Gefährder und Extremisten als integraler Bestandteil einer entschlossenen Remigrationspolitik.

Einsatzfähigkeit der Berliner Feuerwehr stärken

Mit über 500.000 Einsätzen im Jahr 2024 steht die Berliner Feuerwehr vor enormen Herausforderungen. Die gravierenden Missstände bei der Feuerwehr sind seit Jahren bekannt und wurden immer weiter verschleppt, sodass ein veralteter Fuhrpark, unzureichende Gebäude und ein millionenschwerer Sanierungsstau mittlerweile vielen Feuerwehrleuten das Leben schwer machen. Immer weniger junge Leute wollen sich bei der Feuerwehr ausbilden lassen. Wir wollen sicherstellen, dass in Berlin die Gefahrenabwehr und der Rettungsdienst garantiert sind.

Die AfD fordert:

- Massive Investitionen in Ausrüstung und Gebäude der Berliner Feuerwehr sowie eine klare Schwerpunktsetzung der Haushaltspolitik zugunsten unserer Rettungs- und Sicherheitskräfte.

Ausbau im Katastrophenschutz

Die linksterroristischen Anschläge auf die Berliner Stromversorgung, insbesondere in Steglitz-Zehlendorf, aber auch in Adlershof und andernorts, haben die alarmierenden Defizite des Berliner Katastrophenschutzes schonungslos offengelegt. Berlin ist auf Sabotage, Blackout-Lagen und

länger andauernde Ausfälle von KRITIS noch immer nicht ausreichend vorbereitet. Ein handlungsfähiger Katastrophenschutz muss die Warnung der Bevölkerung, die Einsatzfähigkeit der Behörden und vor allem die Versorgungssicherheit besonders schutzbedürftiger Einrichtungen auch bei längeren Stromausfällen gewährleisten. Das gilt insbesondere für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

Die AfD fordert:

- Den wirksamen Schutz von KRITIS-Anlagen.
- Verbindliche Blackout- und Sabotagevorsorge mit Notstrom-, Kommunikations- und Notfallplänen für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und andere besonders wichtige öffentliche Einrichtungen.
- Belastbare Krisenkoordination und klare Führungsstrukturen des Landes bei Ausfällen von KRITIS.
- Verbindliche Notfallpläne für Museen, Archive und öffentliche Kultureinrichtungen.
- Den Ausbau des Sirennetzes und eine verlässliche Warnung der Bevölkerung.

Unsere Vision für ein digitales Berlin

Eine effiziente Verwaltung ist das Fundament einer zukunftsfähigen Stadt. Durch strategische Digitalisierung wollen wir die Lebensqualität verbessern und Berlin als Technologiestandort stärken. Datenschutz und Privatsphäre sind für uns dabei nicht verhandelbar. Wir setzen auf Kooperation, kluge Investitionen, vernetzte IT-Infrastruktur, Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und eine bundesweite Digitalisierungsstrategie. Unnötige Belastungen für kleine und mittelständische Unternehmen durch die bis 2028 erfolgende Umstellung ausschließlich auf digitale Rechnungen (E-Rechnungen) wollen wir durch eine Befreiung kleiner Betriebe von der E-Rechnungspflicht reduzieren.

Privatsphäre schützen: Keine „Chatkontrolle“ und keine KI-Durchleuchtung von privaten Daten

Die EU plant, Messenger-Nachrichten aller Bürger mit Hilfe von KI zu durchsuchen. Selbst private Ende-zu-Ende-verschlüsselte Chats sollen gescannt werden. Dies würde zu einer beispiellosen Massenüberwachung führen. Selbst harmlose Familienfotos könnten fälschlich als illegal eingestuft werden. Die AfD steht für den uneingeschränkten Schutz der Privatsphäre der Bürger und lehnt verdachtsfreie Massenscans entschieden ab. Auch wollen wir verhindern, dass durch Hintertüren bei Messengerdiensten in Zukunft nach politisch unbequemen Inhalten gesucht wird.

Die AfD fordert:

- Eine Verpflichtung des Berliner Senats zum Schutz der Privatsphäre und gegen Chatkontrolle.
- Die Untersagung der technischen Mitwirkung für alle Landesstellen.
- Den Erlass einer Landesdatenschutzverordnung, die den Einsatz von KI-Scanning auf privaten Geräten verbietet und Sanktionen bei Verstößen beinhaltet.

ZUWANDERUNG ASYL & STAATS- ANGEHÖRIGKEIT



Zuwanderung, Asyl & Staatsangehörigkeit

Deutschland ist kein Einwanderungsland

Deutschland ist eine historisch gewachsene Nation und kein Land, das sich primär über Zuwanderung definiert. Dennoch wird Migration zunehmend als Selbstzweck betrachtet, ohne sie einer rationalen Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen. In vielen Fällen wird das individuelle Recht auf Asyl missbräuchlich als Einwanderungsinstrument genutzt, um ein permanentes Bleiberecht zu erlangen. Nach dem Asylgesetz ist der Schutzstatus jedoch grundsätzlich zeitlich begrenzt und darf nicht zur dauerhaften Ansiedlung führen. Die Folgen dieser Fehlentwicklung sind eine zunehmende gesellschaftliche Zersplitterung und eine Überlastung der Sozialsysteme durch Armutseinwanderer.

Die AfD fordert:

- Eine klare Unterscheidung zwischen Einwanderung einerseits (nach Qualifikation und Bedarf) und Asyl andererseits (Schutz auf Zeit).
- Die konsequente Priorisierung der Rückführung von Schutzberechtigten, sobald die Lage im Herkunftsland dies erlaubt. Insbesondere für syrische und afghanische Schutzberechtigte ist der Schutzstatus konsequent zu überprüfen und bei Feststellung des Wegfalls des Schutzgrundes die unverzügliche Rückführung einzuleiten, beginnend mit Straftätern und Gefährdern.
- Aktive diplomatische Initiativen, um Rückkehrmöglichkeiten in die Herkunftsstaaten zu schaffen.
- Eine Einwanderung ausschließlich in staatlich definierte Bedarfsbereiche – mit vorherigem Sprachnachweis, nachgewiesener Integrationsbereitschaft und Anerkennung sowie Einhaltung der deutschen Leitkultur.
- Eine strikte Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, um gesellschaftliche Desintegration und Ausländerkriminalität zu verhindern.

Lebensqualität für alle Berliner statt ungesteuerter Massenmigration

Das „Konzept der wachsenden Stadt“ beruht seit Jahren überwiegend auf Zuwanderung aus dem Ausland. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund stieg in nur zehn Jahren von 25 % auf 41 %. Ausmaß und Zusammensetzung der ungesteuerten Massenmigration überfordern Berlin mit seinen Sozialsystemen und führen zu einer fortschreitenden

Desintegration der Stadtgesellschaft. Die AfD lehnt jede Form der ungesteuerten Migration ab. Berlin muss zu einer konsequent rechtsstaatlichen Einwanderungspolitik zurückkehren, bei der die Integration eine Bringschuld der Zuwanderer ist. Zuwanderung muss eine bewusste Entscheidung für unser Land sein. Damit ist das Erlernen der deutschen Sprache, die Achtung unserer Kultur und die Bereitschaft, einen beruflichen Mehrwert zu leisten, tiefsitzend verbunden. Dabei muss gelten: Das Asylrecht ist keine Eintrittskarte für dauerhafte Einwanderung. Die Rückkehr in das Heimat- oder Herkunftsland hat hier oberste Priorität, sobald dies möglich ist.

Die AfD verfolgt eine umfassende Politik der Remigration, die sowohl Rückführungen von Ausreisepflichtigen als auch freiwillige Rückkehrprogramme umfasst, und dabei Rückübernahme- bzw. Drittstaaten-Kooperationen stärkt.

Die AfD fordert:

- Einen sofortigen Aufnahmestopp für Asylbewerber in Berlin.
- Die Beendigung der freiwilligen Aufnahme illegal eingeschleuster Migranten.
- Kein Winterabschiebestopp in Berlin.
- Die sofortige Abschiebung aller der bis zu 20.000 ausreisepflichtigen Personen aus Berlin.
- Die Abschaffung der Berliner Härtefallkommission für abgelehnte Asylbewerber.
- Eine verbindliche Agenda für Remigration: Rückführungs-Offensive, freiwillige Rückkehr, belastbare bilaterale Rückübernahmeabkommen und Ausbau der Drittstaaten-Kooperation.
- Die Umwandlung des Landesamts für Einwanderung (LEA) in ein Landesamt für Einwanderung, Asyl und Remigration, mit klarer Priorität auf Rückführungen.
- In Ergänzung zum Dublin-Ausreisezentrum: Die Einrichtung eines ausreichend dimensionierten Berliner Abschiebezentrums, um Rückführungen effizient durchführen zu können.

Anreize abbauen und Asylmissbrauch verhindern

Umfängliche Sozialprogramme, großzügige Geld- statt Sachleistungen und fehlende Abschiebungen machen Berlin zum starken Magneten für Migration. Asylbewerber erhalten finanzielle Vorteile, die weit über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Hier gilt es, die Pullfaktoren auf ein rechtsstaatlich vertretbares Mindestmaß abzusenken.

Die AfD fordert:

- Die Beschränkung der Asylverfahrens- und Bleiberechtsberatung (§ 12a AsylG) ausschließlich auf staatliche Behörden.
- Die Einrichtung eines Dublin-Ausreisezentrums zur zügigen Rückführung in zuständige EU-Staaten.
- Die Umstellung auf reine Sachleistungen.
- Die Beschränkung von Versorgung, Beratung und Unterbringung auf das Notwendigste.
- Die Abschaffung des anonymen Krankenscheins für Illegale.
- Keine Sprach- oder Integrationskurse für nicht bleibeberechtigte Asylbewerber.
- Eine vollständige Kostentransparenz der Asylpolitik auf Landes- und Bezirksebene.
- Die Streichung sämtlicher Berliner Zusatzleistungen.
- Eine Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit für Asylbewerber gem. § 5 AsylbLG.
- Die Prüfung und Einführung des Strafvollzugs für Drittstaatsangehörige in sicheren Drittstaaten nach dänischem Vorbild, um Haftkapazitäten zu entlasten und Rückführungsperspektiven zu verstärken.

Keine weiteren Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) – Ghettobildung stoppen

Der Bau neuer MUF für Asylbewerber ist kontraproduktiv, da er die Ghettoisierung fördert und Wohnraumressourcen bindet, die allen Berlinern zugutekommen sollen. Auch die bevorzugte Wohnraumvergabe an Asylbewerber muss beendet werden. Bestehende Kapazitäten im Rahmen zentraler Unterbringungsmöglichkeiten sind vorrangig zu nutzen.

Die AfD fordert:

- Freie Plätze in bestehenden Unterkünften vollständig zu belegen.
- Kein Neubau von MUF und Umwidmung bestehender MUF zu Wohnungen für alle Berliner.
- Keine Bevorzugung von Asylbewerbern bei der Wohnungsvergabe.
- Die zentrale Unterbringung von abgelehnten Asylbewerbern und Personen mit geringen Anerkennungschancen.

Integration ist Pflicht – Parallelgesellschaften verhindern

Falsch verstandene Toleranz begünstigt Parallelgesellschaften und Fundamentalismus. Für uns gilt die deutsche Leitkultur als verbindlicher Maßstab für das Zusammenleben in Berlin. Integration bleibt eine Bringeschuld jedes Zugewanderten.

Die AfD fordert:

- Die verbindliche Einforderung von Integrationsleistungen.
- Klare Sanktionen bei Integrationsverweigerung.
- Den Ausbau und die wirksame Verankerung der Antisemitismusprävention im Schulunterricht.

Islamischen Fundamentalismus zurückdrängen

Islamismus und religiöser Fundamentalismus bedrohen zunehmend die Sicherheit, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin. Um dieser Bedrohung besser entgegentreten zu können, müssen extremistische Moscheevereine konsequent verboten und die Auslandfinanzierung von Religionsgesellschaften unterbunden werden.

Die AfD fordert:

- Die Schließung verfassungsfeindlicher Moscheen und Vereinsverbote.
- Ein Verbot jeglicher Auslandsfinanzierung für Moscheen.
- Die Strafverfolgung von Hasspredigern.
- Ein Ende aller Kooperationen mit extremistischen Institutionen.

Neutralität bei Polizei und Justiz sichern und in den Schulen wiederherstellen

In den vergangenen Jahren wurde das staatliche Neutralitätsgebot durch Rechtsprechung und Gesetzgebung zunehmend aufgeweicht. Das Berliner Neutralitätsgesetz in der aktuellen Fassung verbietet das Tragen sichtbarer religiöser oder weltanschaulicher Symbole uneingeschränkt nur noch bei Justiz und Polizei. Ein schwaches Neutralitätsgesetz öffnet die Tür für eine schleichende Islamisierung im öffentlichen Raum und gefährdet das Vertrauen der Bürger in staatliche Institutionen. Die AfD hält uneingeschränkt an der Neutralitätspflicht für Justiz und Polizei fest. Diese ist eine unverzichtbare Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, eine rechtssichere Lösung zu schaffen, um zum Schutz der Schüler auch an Schulen das Tragen des Kopftuchs wieder uneingeschränkt untersagen zu können.

Die AfD fordert:

- Die strikte Einhaltung und konsequente Durchsetzung des Berliner Neutralitätsgesetzes bei Justiz und Polizei.
- Die Wiedergeltendmachung des uneingeschränkten Neutralitätsgebots an Schulen.
- Disziplinarische Maßnahmen bei Verstößen, bis hin zur Entfernung

aus dem Dienst.

- Die aktive Verteidigung des Neutralitätsgebots gegen politisch motivierte Aufweichungsversuche.

Staatsangehörigkeit nur bei gelungener Integration

Die bundesweite Absenkung der Einbürgerungsvoraussetzungen hat insbesondere beim Berliner LEA zu einem digitalen Schnellverfahren mit erheblichen Mängeln geführt, wie zum Beispiel einer fehlenden persönlichen Überprüfung der Antragsteller. Damit ist die erforderliche und gebotene Sorgfaltspflicht bei der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft dauerhaft gefährdet. In der Folge ist ein lukrativer Schwarzmarkt entstanden, auf dem Fälschungen des Einbürgerungstests „Leben in Deutschland“ und gefälschte Sprachzeugnisse käuflich erworben werden können. Damit wird einer erschlichenen Einbürgerung von Personen Vorschub geleistet, die den vorgeschriebenen Anforderungen an erfolgreiche Integration, ausreichende Sprachkenntnisse oder zweifelsfreie Verfassungstreue nicht genügen.

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verramscht werden. Sie muss am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen. Sie setzt belastbare Nachweise in Sprache, Eigenständigkeit und Verfassungstreue voraus und darf keine anonyme Verwaltungsroutine werden.

Die AfD fordert:

- In Berlin sind alle laufenden Einbürgerungsverfahren und alle neu gestellten Anträge einem Moratorium zu unterstellen, bis alle seit dem 1. Januar 2024 zentralisierten Einbürgerungsverfahren im LEA auf Unregelmäßigkeiten, wie zum Beispiel gefälschte Sprach- und Einbürgerungstests sowie mutmaßliche Korruption, überprüft und alle unrechtmäßigen und betrügerisch erlangten Einbürgerungen gemäß § 35 StAG zurückgenommen worden sind.
- Die verbindliche persönliche Vorsprache und Anwendung des Vier-Augen-Prinzips zur Überprüfung von Sprachkenntnissen, erfolgter Integration und Verfassungstreue.
- Aufgrund des besonderen Treueverhältnisses zum Staat sowie der hoheitlichen Verantwortung von Beamten darf im LEA die letztendliche Entscheidung über eine Einbürgerung ausschließlich durch einen Beamten getroffen werden.
- Die Einrichtung einer zentralen und staatlich beaufsichtigten Stelle für Sprachprüfungen im Deutschen, um Qualität sicherzustellen und Missbrauchskontrolle zu ermöglichen.

- Die Abschaffung von Quoten- und Fördervorgaben nach dem Berliner Partizipationsgesetz.
- Die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei Doppelstaatlern, die wegen schwerer Straftaten verurteilt worden sind, insbesondere wegen Mordes und Totschlages, schwerer Sexualstraftaten, Terrorismus, schweren Raubes oder schwerer Drogenkriminalität, sowie bei Personen, die als Gefährder eingestuft sind oder im Zusammenhang mit einer kriminellen Organisation oder einem kriminellen Clan sicherheitsbehördlich oder strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. Berlin muss im Bundesrat entsprechende Initiativen ergreifen und die landesrechtlichen Spielräume bei der Rücknahme rechtswidriger Einbürgerungen konsequent nutzen.

Integration in der Schule

Unser Bildungssystem ist nicht darauf ausgelegt, in Massen Schüler kulturfremder Herkunft ohne ausreichende Deutschkenntnisse aufzunehmen. Die Bildungspolitik sollte das Ziel der Rückführung von Migranten durch parallele Beschulung von Flüchtlingskindern in Ausländerregelklassen, möglichst nach den Curricula der Herkunftsländer, unterstützen. Integrationswidriges Verhalten von Schülern wie massives Schulschwänzen muss dem LEA gemeldet und nach dem Göttinger Beispiel bei der Bewilligung von Anträgen auf Aufenthaltsrecht berücksichtigt werden.

Nach dem Vorbild anderer europäischer Länder wird die AfD ein Gesetz auf den Weg bringen, dass Mädchen unter dem Alter der Religionsmündigkeit (U14) zum Schutz ihrer freien Entwicklung in der Schule kein Kopftuch tragen dürfen. Vollverschleierung muss an Berliner Schulen, so wie es auch in anderen Bundesländern Praxis ist, verboten werden. Wir werden auch das Neutralitätsgesetz anpassen: Sobald sich Schüler in der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit oder ihrer Lernentwicklung beeinträchtigt fühlen, weil ihre Lehrerin im Unterricht ein religiös konnotiertes Kopftuch trägt, ist der Schulfrieden gefährdet. Um in solch konkreten Fällen das Tragen des Kopftuchs untersagen zu können, werden wir eine rechtssichere Lösung schaffen.

Konfrontative Religionsbekundung gefährdet den Schulfrieden. Dazu gehört auch das sichtbare Beten auf dem Schulgelände. Im Interesse des Schulfriedens will die AfD die demonstrative Ausübung religiöser Riten untersagen. Dies gilt nicht für schulische Veranstaltungen wie Schulgottesdienste und Religionsunterricht. Die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen in staatlichen Schulen darf aber niemals verpflichtend sein.

BILDUNG STATT IDEOLOGIE

Die Schule ist nicht der Reparaturbetrieb der Gesellschaft und darf nicht als Projektionsfläche für Utopien und Ideologien missbraucht werden. Die Aufgabe von Lehrern ist es in allererster Linie, gute Bildung zu vermitteln und die Voraussetzungen für die Entfaltung von Begabungen und für ein gelingendes Berufsleben ihrer Schüler zu schaffen. Um dies zu ermöglichen, setzen wir uns für eine Stärkung der „Autonomie der Pädagogik“ und gegen eine Ideologisierung der Schüler ein. Deshalb muss auch im Schulunterricht das Indoktrinationsverbot gelten: Kontroverse Themen müssen kontrovers behandelt werden. Dies muss künftig auch für Schulbücher gelten. Bei der politischen Bildung ist der Fokus wieder auf die Grundlagen des politischen Systems und des Staatsaufbaus zu legen. Ideologische Kampagnen unter dem Deckmantel politischer Bildung und der Wildwuchs im Zuwendungsbereich müssen gestoppt werden.

Unsere Forderungen für gute Bildung in Berlin:

Inhalte im Unterricht: Rahmenlehrpläne überarbeiten

Die AfD will die Grundfertigkeiten wieder in den Mittelpunkt stellen: Lesen, Schreiben, Rechnen. Die Rahmenlehrpläne werden wir überarbeiten. Oberstes Ziel muss es sein, dass Schulabgänger wieder über eine echte Ausbildungsreife bzw. Studierfähigkeit verfügen. In den Lehrplänen werden wir mehr Wissensinhalte verbindlich festlegen, dazu gehört auch ein verbindlicher Kanon deutscher Werke.

An den Grundschulen wollen wir die Fächer Heimatkunde und Werken wieder einführen. An den weiterführenden Schulen wollen wir die ökonomische Bildung stärken und den Informatikunterricht ausbauen. Religionsunterricht und Ethik sollen Wahlpflichtfächer werden.

Bei der Berufsorientierung unterstützen wir die Einbindung von Unternehmen und der Bundeswehr. Eine Einbeziehung von politisch-ideologischen Lobbygruppen mit eigener Agenda in den Unterricht lehnen wir ab. Pro-aktiv „sexualisierende Sexualerziehung“, die Schüler über Formen des Lustgewinns informieren will, lehnen wir als grenzüberschreitend ab.

Disziplin und Leistungswillen zurückbringen

Ohne Mühe und Anstrengung gibt es keinen Bildungsfortschritt. Selbstdisziplin und Frustrationstoleranz der Schüler sind für erfolgreichen Unterricht unabdingbar. Mit der AfD wird an Schulen das Leistungsprinzip rehabilitiert und wieder Selbstdisziplin vermittelt. Kopfnoten wie auch Schulvereinbarungen zur Disziplin können dazu beitragen. Ein Vorbild hierbei ist das Schulkonzept von Michael Rudolph, dem ehemaligen Leiter der Friedrich-Bergius-Schule. Zur Stärkung der Freude an Leistung werden wir Schülerwettbewerbe ausweiten. Für störende Schüler werden wir Auszeiträume („Time-out-Räume“) einrichten.

Bildung und Erziehung erfordern neben Leistungsbereitschaft auch gegenseitigen Respekt und soziale Verantwortung. Eltern tragen Mitverantwortung dafür, Kindern Rücksichtnahme, respektvolles Verhalten und die Achtung berechtigter Interessen anderer Menschen zu vermitteln.

Schulplatzvergabe und differenziertes Schulsystem

Die AfD setzt sich für den Erhalt eines differenzierten Schulsystems und eine leistungshomogene Zusammensetzung der Klassen ein. Die Vergabe von Plätzen an weiterführenden Schulen muss sich konsequent an den Noten und der Wohnortnähe orientieren sowie eine Geschwisterkindregelung umfassen. Die Vergabe von 30 % der Schulplätze über das Losverfahren werden wir abschaffen. Wir halten an den freiwilligen Aufnahmetests zum Gymnasium fest. Eine Abschlussschulung vom Gymnasium muss möglich sein.

Die AfD will hochbegabte Kinder bereits ab der Kindertagesstätte ihrem Potenzial entsprechend fördern. Für die gezielte Förderung von Hochbegabten (2 % der Bevölkerung) wollen wir sieben bestehende Gymnasien zu Eliteschulen für hochbegabte Kinder weiterentwickeln. Die Deckelung der Plätze an grundständigen Gymnasien wollen wir aufheben.

Integrierte Sekundarschulen, die über keine eigene gymnasiale Oberstufe verfügen, wollen wir beim Ausbau mit Werkstätten privilegieren. Unser Fernziel ist die Schaffung eines neuen Schultyps, der Praxisschule.

Die deutsche Sprache als Schlüssel zur Bildung

Die Verpflichtung zur Sprachstandsfeststellung im Kita-Alter und zur Sprachförderung muss konsequenter umgesetzt werden. Zur Verbesserung der Sprachkompetenz und zur Vermeidung von Konfliktsituationen ist es notwendig, Deutsch als Schulsprache im Schulgesetz festzu-

legen und durchzusetzen. Der erfolgreiche Schulversuch „Differenzierte Sprachförderkonzepte“ („Deutsch-Garantie-Klassen“) sollte ausgeweitet werden: An Berliner Grundschulen mit einem hohen Anteil von Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache (ndH) wollen wir Spezialklassen einrichten, in die nur Kinder aufgenommen werden, die – nachgewiesen durch ein wissenschaftlich fundiertes Testverfahren – eine hohe Kompetenz im Bereich der deutschen Sprache aufweisen. Schüler benötigen eine frühzeitige korrektive Rückmeldung, daher setzen wir auf die Fibel-methode und das Diktat.

Wir halten am Erlernen der verbundenen Schreibschrift fest. Die Verwendung der sogenannten Gendersprache werden wir an Schulen untersagen.

Schule als Lern- und Lebensraum

Es darf keine weitere Verschiebung geplanter Schulsanierungen oder Schulneubauten geben. Kürzungen zu Lasten der Raumgröße beim Schulbau sind inakzeptabel und würden später bereut. Wir wollen architektonisch ansprechende Schulbauten, die zugleich modernen pädagogischen Anforderungen entsprechen, statt schnell hochgezogene Modulare Ergänzungsbauten (MEB). Schulhöfe müssen bewegungsfördernd und mit viel Grün gestaltet werden. Wir wollen Natur-Erlebnis-Schulhöfe, weniger Versiegelung. Schulbibliotheken werden wir adäquat ausstatten.

Wir schaffen eine vollständige Lernmittelfreiheit und halten am kostenlosen Schulmittagessen fest. Die Anordnung, aufgrund des Klimaschutzes nahezu gänzlich auf Fleisch zu verzichten, werden wir zurücknehmen. In den Schulen bieten wir gesundes regionales Essen mit der ganzen Bandbreite unserer landwirtschaftlichen Produkte an.

Die AfD unterstützt schulische Initiativen, um Engagement und Verantwortungsbereitschaft der Schüler zu stärken. Dazu gehören der Schülerhaushalt und die Beteiligung an der täglichen Schulorganisation durch Kinderhausmeister, Mitwirkung bei der Schulreinigung und Essensausgabe.

Die AfD wird Mittel bereitstellen, um an allen Schulen Fahnenmasten zu errichten, an denen die Deutschlandfahne gehisst wird. Schulen sind Orte des ungestörten gemeinsamen Lernens, an denen die Herkunft weder kulturell noch finanziell im Vordergrund stehen darf. Die Einführung von Schulkleidung trägt dem Rechnung. Die Eltern werden dabei finanziell

unterstützt. Die Digitalisierung im Unterricht darf nicht von naiver Hoffnung vorangetrieben werden, sondern muss pädagogisch sinnvollen Konzepten folgen. Die Digitalisierung in der Schulverwaltung werden wir indes vorantreiben.

Die AfD will die Grundschule bildschirmfrei halten, dazu gehört auch ein Verbot der Verwendung von Smartphones. Auch an den weiterführenden Schulen werden wir das Mitführen von Smartphones restriktiver handhaben, damit die Aufmerksamkeit im Unterricht und die sozial-emotionale Entwicklung der Schüler nicht beeinträchtigt werden.

Schulqualität und Lernkultur

Massiver Unterrichtsausfall wie auch nicht fachgerecht erteilter Unterricht verringern die Erfolgschancen unserer Schüler. Die AfD fordert ein Unterrichtsgarantiegesetz und eine Lehrerausstattung von 110 %. Die maximale Klassengröße muss ins Schulgesetz aufgenommen werden. Zur stärkeren Kontrolle der Unterrichtsqualität setzen wir auf gezielte Unterrichtsbesuche und Stärkung der Schülerevaluation.

Schüler aus bildungsfernen Elternhäusern sind mit dem Ansatz des selbst organisierten Lernens oftmals überfordert und benötigen die direkte Instruktion im lehrerzentrierten Unterricht. Ein gelingender Bildungsweg bedarf konsequenter Rückmeldungen zur jeweiligen Lernentwicklung der Schüler. Die AfD hält deshalb vom Grundsatz her an der Notengebung fest. Wo es notwendig ist, muss die Wiederholung einer Klasse erfolgen.

Trendumkehr für Brennpunktschulen

Für größtmögliche Transparenz bei der Schulwahl schafft die AfD ein Online-Portal: mit schulscharfen Daten zur Über- und Unterrichtsfrage bei den Anmeldungen, zur Quote von Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache, zur Zahl der Quereinsteiger, zur prozentualen Lehrerausstattung usw.

Statt teurer Symbolpolitik wird die AfD an Brennpunktschulen nur solche Maßnahmen umsetzen, deren positive Effekte auf den Bildungserfolg wissenschaftlich nachgewiesen sind. Statt einer Brennpunktzulage sollen Lehrer an Brennpunktschulen Entlastung beim Umfang der zu erbringenden Unterrichtsstunden erhalten.

Das Vorgehen gegen Fehlzeiten in der Schule muss in der Schule selbst beginnen. Die Anwesenheit der Schüler ist digital zu erfassen. Fehlt ein

Schüler unentschuldigt, muss direkt zum Beginn des Schultags ein Anruf bei den Eltern erfolgen. Um Schuldistanz frühzeitig begegnen zu können, wollen wir verbindlich regeln, dass das Jugendamt über Schulversäumnisanzeigen informiert wird. Dazu wollen wir in den strukturell belasteten Bezirken ein RSD-Team Schuldistanz installieren. Schulversäumnisanzeige und digitales Klassenbuch wollen wir miteinander verbinden, so dass eine Schulversäumnisanzeige automatisch erstellt wird.

Null-Toleranz-Strategie bei Gewalt an Schulen

Die AfD wird konsequente Maßnahmen gegen Gewalt an Schulen umsetzen. Auch übergreifiges Verhalten unterhalb der Strafbarkeitsgrenze gegenüber Mitschülern und Lehrern muss konsequent geahndet werden. Zur Stärkung der Generalprävention setzen wir bei Gewalt gegen Lehrer durch Schüler oder durch Dritte auf ein verbindliches Meldeverfahren und Einschalten der Polizei. Die Schule muss auch umgehend informiert werden, wenn einer ihrer Schüler außerhalb der Schule durch Gewalttaten aufgefallen ist. Ausschluss von der Schule muss möglich werden, wenn eine ernstliche Gefahr für die anderen Schüler vorliegt. Für fremdgefährdende Kinder und Jugendliche schaffen wir alternative Formen der Beschulung.

Alternativen zur staatlichen Schule

Wir setzen uns für eine leichtere Gründung von Freien Schulen ein. Die Wartezeit sollte auf ein Jahr beschränkt werden, die Kosten müssen dann nachträglich erstattet werden. Für die Freien Schulen wollen wir ein bedingungsloses Vollkostenmodell statt nur 93 % der vergleichbaren Personalkosten. Für die Anwendung der Schulgeldtabelle muss es künftig für die Schulen einen finanziellen Ausgleich geben. Von besonderen Maßnahmen und Sonderprogrammen sollen immer auch die Freien Schulen profitieren können.

Schulische Inklusion mit Augenmaß

Die AfD wird den Mangel an Schulplätzen für Kinder mit Einschränkungen, insbesondere für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung, beheben. Dem Elternwillen entsprechend wird die AfD den Fortbestand der Förderschulen sichern. Allgemeine Schulen sind nur dann zur Inklusion zu verpflichten, wenn begründete Aussicht besteht, dass der Schüler das Bildungsziel der betreffenden Schulform erreichen kann und die Klasse durch den Schüler nicht über Gebühr beeinträchtigt wird. Ziel-differenter Unterricht soll nur an inklusiven Schwerpunktschulen stattfinden. Nach bayerischem Vorbild möchten wir an allgemeinen Schulen Außenklassen (Partnerklassen) von Förderschulen einrichten.

Berufliche Orientierung und berufliche Bildung

Im Rahmenlehrplan Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT) werden wir die Berufsorientierung stärker abbilden. Die Berufsorientierung muss praxisnah erfolgen, d. h. durch praktische Einblicke in Betriebe.

Gegenüber der vollschulischen Ausbildung setzen wir auf die Stärkung der dualen Ausbildung. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab, wir setzen auf einen Ausbildungskonsens mit der Wirtschaft und steuerliche Entlastung für Ausbildungsbetriebe.

Die Berufsschulen werden wir in ihrer sachlichen und personellen Ausstattung stärken. Das 11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz darf nicht zur Warteschleife verkommen. Nach Hamburger Vorbild wollen wir ein Landesinstitut für berufliche Bildung gründen. Nach dem Vorbild von Studentenwohnheimen werden wir Azubi-Wohnheime schaffen.

Als Möglichkeit zur Weiterqualifikation nach der Berufsausbildung fördern wir die Aufstiegsfortbildungen (z. B. die Meister- oder Technikerausbildung) finanziell. Auch Menschen auf dem zweiten Bildungsweg wollen wir stärken. Die Angebote zur Grundbildung sollten sich auf die Basiskompetenzen konzentrieren.

HOCHSCHULEN, WISSENSCHAFT & FORSCHUNG





Hochschulen, Wissenschaft & Forschung

WISSENSCHAFTSFREIHEIT STATT IDEOLOGIE

Der Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin ist eine der entscheidenden Ressourcen für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Grundlegende Voraussetzung für das Gedeihen von Wissenschaft und Forschung ist die Wahrung der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit. Leider hat in den letzten Jahren und insbesondere seit dem Überfall der Hamas auf Israel eine neue Welle der politischen Unduldsamkeit unsere Hochschulen erfasst. Postkoloniale Theorien wie die Critical Race Theory oder Critical Whiteness vernebeln zahlreiche Akademikerköpfe und haben zusammen mit politischem Aktivismus, Agendawissenschaften und einer politisierten Fördermittelvergabe zu einer starken Ideologisierung von Forschung und Lehre geführt. Die Folge sind Meinungskonformismus und Cancel Culture, wo eigentlich das offene Wort gepflegt und kritisch diskutiert werden müsste. Die AfD setzt sich entschieden dafür ein, die verengten Meinungskorridore an den Hochschulen aufzubrechen und der Freiheit von Forschung und Lehre wieder Geltung zu verschaffen.

Unsere Forderungen für gute Hochschulbildung, freie Wissenschaft und leistungsfähige Forschung in Berlin:

Ordnung und Sicherheit an den Hochschulen

Immer wieder gerät der Hochschulbetrieb ins Visier politischer Aktivisten, die den ordnungsgemäßen Hochschulbetrieb stören, Hörsäle besetzen oder sogar verwüsten. Erforderlich sind Härte und Konsequenz, um gegen Hausbesetzer und Judenhass an den Hochschulen nachhaltig vorgehen zu können. Wer an Hochschulen randaliert, Eigentum zerstört oder jüdisches Leben bedroht, darf nicht mit Nachsicht rechnen. Im Berliner Hochschulgesetz werden wir das Ordnungsrecht verschärfen, um die Räumung von Hausbesetzungen zu erleichtern und gewalttätige Störer zügig der Hochschule verweisen zu können. Auch die reguläre Vergabe universitärer Räume für Zwecke der außerhochschulischen politischen Agitation muss konsequent unterbunden werden. Nur so kann die Neutralität der Hochschulen gewährleistet werden.

Cancel Culture zurückdrängen

In zunehmendem Maße wird die Freiheit von Forschung und Lehre durch

Cancel Culture gefährdet. Wir unterstützen das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ bei seinem Anliegen, die Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologische Einschränkungen zu verteidigen. Als Konzept gegen Cancel Culture schlagen wir vor, die Berliner Hochschulen über das Hochschulgesetz dazu zu verpflichten, dem Beispiel der Universität Hamburg zu folgen, die sich einen „Kodex Wissenschaftsfreiheit“ gegeben hat, um Angriffen gegen die Wissenschaftsfreiheit besser entgegentreten zu können.

Hochschulautonomie und Hochschulverwaltung

Wir wollen die Hochschulautonomie stärken und den Hochschulen mehr Handlungsspielraum geben, statt sie durch ausufernde Detailregelungen im Hochschulgesetz zu gängeln. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der Innovationsklausel (früher Erprobungsklausel) im Hochschulgesetz erweitern. Die Forderung nach Viertelparität lehnen wir ab; die Professorenmehrheit muss gewahrt bleiben.

Transfer aus der Wissenschaft – Hochschulen als Wirtschaftsmotor

Forschung und Wissenschaft bilden einen unverzichtbaren Innovationsmotor für die Berliner Wirtschaft. Deshalb braucht Berlin eine zukunftsweisende Transferstrategie. Analog zum Forschungssemester sollten Transfersemester die Übertragung wissenschaftlicher Kenntnisse in praktische Anwendungen erleichtern. Als Beitrag zum hochschulweiten Technologietransfer wollen wir das Technologiescouting und die Validierungsforschung stärken. Außerdem schlagen wir vor, mit einem überprüfbaren Indikatoren-Set den Wissenschaftstransfer dauerhaft in den Hochschulverträgen zu verankern.

Forschungsinfrastruktur und Hochschulbau, BESSY III

Viele Gebäude der Berliner Hochschulen genügen den universitären Anforderungen nicht oder sind marode. Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen dürfen nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Wir werden darauf achten, dass die geplante neue Hochschulbaugesellschaft kein Instrument wird, um Zins und Tilgung für die Sanierungskosten vom Landeshaushalt auf die Universitäten abzuwälzen oder die Beschäftigten der Hochschulen einem Lohndumping auszusetzen.

Die AfD steht für eine starke Forschungsinfrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die lange geplante Forschungsanlage BESSY III Mitte der 2030er-Jahre endlich in Betrieb gehen kann.

Hochschulförderung: Investition in Spitzenforschung und nachgelagerte Studiengebühren

Unser Anspruch ist es, dass die Berliner Universitäten auf Augenhöhe mit den weltweit führenden Wissenschafts- und Forschungsstandorten agieren. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, eine zusätzliche Forschungsmilliarde in Wissenschaft und Forschung zu investieren. Wir wollen die entstandene Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln zurückfahren und deshalb die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen.

Die AfD unterstützt die Einführung nachgelagerter Studiengebühren, weil dies sozial gerecht ist und den Hochschulen zusätzliche Mittel für eine exzellente Lehr- und Forschungstätigkeit an die Hand gibt. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Kosten für die Ausbildung von späteren Top-Verdienern durch Handwerker, Arbeiter und andere Nichtakademiker durch deren Steuern quersubventioniert werden sollen. Um kein unwägbares Risiko durch die Aufnahme eines Studiums einzugehen, soll die Höhe der Rückzahlung von der Höhe des späteren Einkommens abhängig sein. Nur, wer später deutlich überdurchschnittlich verdient, muss dann etwas zurückgeben.

Weiterführung der Kommunismusforschung in Berlin

Nach der Abwicklung des „Forschungsverbunds SED-Staat“ gibt es in Berlin kein wissenschaftliches Institut mehr, das sich explizit mit Kommunismus- und DDR-Forschung beschäftigt. Wir setzen uns dafür ein, dass auf dem sogenannten Campus für Demokratie auf dem ehemaligen Stasi-Gelände in Lichtenberg ein Institut für Kommunismusforschung geschaffen wird, das diese Lücke in der Berliner Forschungslandschaft wieder schließt.

Sicherheits- und Militärforschung

Militärische Forschung ist ein entscheidender Faktor bei der Sicherung der Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte. Wer sicherheitsrelevante Forschung grundsätzlich verweigert, schwächt die Verteidigungsfähigkeit und gefährdet dadurch Menschenleben. Deutschland kann bei militärischen Innovationen nicht ausschließlich Trittbrettfahrer ausländischer Forschung sein. Wir wollen die Universitäten deshalb dazu anhalten, militärische Forschung grundsätzlich zu ermöglichen.

Forschung ermöglichen – Tierversuche verzichtbar machen

Derzeit wird die Krebsforschung in Berlin, die auf Tierversuche angewiesen ist, durch langwierige Genehmigungsverfahren blockiert. Wir wollen

den Nutzen dieser Antragsbürokratie und das Verbandsklagerecht überprüfen. Die zu beobachtende Abwanderung von Forschung ins Ausland schadet den Patienten und dem Forschungsstandort Berlin.

Um die weiterhin hohe Zahl an Tierversuchen so weit wie möglich zu reduzieren, wollen wir die anerkannte 3R-Forschung (Replace, Reduce, Refine) stärken und finanziell absichern. Wir unterstützen die Forderung, durch eine Präregistrierung der doppelten Durchführung von gleichen Versuchsreihen entgegenzuwirken.

Braindrain stoppen: Attraktive Arbeitsplätze für Wissenschaftler

Jungwissenschaftler leiden besonders darunter, dass sie im Vergleich zu anderen Berufen sehr lange in unsicheren Arbeitsverhältnissen und Zeitverträgen stecken. Deshalb wollen wir die Zahl der entfristeten Stellen in der Wissenschaft erhöhen und über die Hochschulverträge die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Zugleich muss sichergestellt werden, dass es auch weiterhin in ausreichendem Umfang offene Stellen für den kommenden wissenschaftlichen Nachwuchs gibt.

Darüber hinaus fordern wir konkrete Maßnahmen, um den für Deutschland verhängnisvollen Braindrain qualifizierter Wissenschaftler umzukehren. So schlagen wir ein Rückkehrprogramm für junge deutsche Wissenschaftler im Ausland und ein Rekrutierungskonzept nach dem Vorbild des „Rising Stars“-Programms der LMU München vor, um Nachwuchswissenschaftlern bessere Perspektiven bieten zu können.

Familienfreundliche Hochschulen

Junge Wissenschaftler zögern oft zu lange mit der Familiengründung, um ihre Karrierechancen nicht zu gefährden. Die AfD setzt sich dafür ein, dass familiäre Verpflichtungen keine Nachteile für junge Wissenschaftler nach sich ziehen. Dazu ist es erforderlich, dass die Zeiten für die familiäre Betreuung bei der Verlängerung von Arbeitsverträgen und bei Auswahlverfahren noch stärker berücksichtigt werden. Die bestehenden Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit wie Dual-Career-Service, Tenure Track, Hochschul-Kitas sowie Familienbüros müssen ausgebaut werden. Beim Bau von Studentenwohnheimen wollen wir die Bedürfnisse von Studenten mit Kindern stärker als bislang berücksichtigen und entsprechenden Wohnraum schaffen.

Internationalität der Hochschulen und Deutsch als Wissenschaftssprache

Die zunehmende Dominanz des Englischen als Wissenschaftssprache

sehen wir kritisch. Damit Wissenschaft nicht Angelegenheit von abgehobenen Eliten wird, wollen wir Deutsch als Wissenschaftssprache stärken.

Analog zur Praxis in Baden-Württemberg wollen wir Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger einführen. Die darüber zusätzlich gewonnen Mittel sollen in Maßnahmen zur Förderung des internationalen Studentenaustauschs investiert werden.

Studium und studentische Belange

Der Schulabschluss mit Abitur belegt in vielen Fällen leider nicht mehr die Studierfähigkeit der Schulabsolventen. Die Berliner Hochschulen sollen daher das Recht erhalten, für einen Teil ihrer Studienplätze eigene Aufnahmeprüfungen durchzuführen.

Zur Verbesserung der Betreuungsrelation schlagen wir vor, die Kapazitätsverordnung zu überarbeiten und mehr Mittel für die Lehre bereitzustellen. Auch die Stärkung und Qualitätssicherung für das Duale Studium ist uns ein besonderes Anliegen.

Die Gremien der Verfassten Studentenschaft an den Berliner Universitäten haben immer wieder durch fragwürdige Ausgaben und Intransparenz von sich reden gemacht. Oftmals verfolgen studentische Amtsträger die Interessen linksradikaler Kleingruppen, statt das Wohl aller Studenten im Auge zu behalten. Mit der üblichen Wahlbeteiligung von unter 10 % fehlt es den studentischen Gremien zudem an politischer Legitimation. Immer wieder maßen sie sich ein „allgemeinpolitisches Mandat“ an, das ihnen nicht zusteht. Mit ihren Forderungen nach einem Boykott israelischer Partneruniversitäten haben sich die Allgemeinen Studierendenausschüsse (Astes) der drei großen Berliner Universitäten selbst ins Abseits geschossen. Deshalb halten wir eine grundlegende Reform der Verfassten Studentenschaft für unerlässlich. Als Vorbild betrachten wir das bayerische Modell einer Unabhängigen Studentenschaft, das ohne eine Zwangsmitgliedschaft und ohne den verfassungsrechtlich bedenklichen Zwangsbeitrag für alle Studenten auskommt.

Lehrerausbildung verbessern und entideologisieren

Angesichts des anhaltenden Lehrermangels halten wir an einer hohen Zahl an Lehramtsabsolventen als Zielmarke fest. Zur Stärkung der Lehrerausbildung in Mangelfächern fordern wir ein Stipendienprogramm für Studienanfänger, die sich zu einer späteren Lehrertätigkeit in Berlin verpflichten.

Als Reformschritte zur Verbesserung der Lehrerausbildung schlagen wir die schrittweise Umstellung auf eine einphasige Lehrerausbildung in Form eines Dualen Studiums und perspektivisch die Gründung einer Pädagogischen Hochschule in Kooperation mit den Universitäten vor.

Im Lehrkräftebildungsgesetz wollen wir den Schwerpunkt weg von den politisch vorgegebenen Themen wie „Diversity“, „Queer“ und „Gender“ hin zu denjenigen Themen verlagern, welche die Lehramtsabsolventen in der Multikohortenstudie als besonders wichtig benannt haben: Unterrichtsplanung, Klassenführung, Stressmanagement und digitale Medienbildung.

VERKEHR



FREIHEIT STATT IDEOLOGIE

Berlin braucht eine Verkehrswende, die die Bürger nicht bremst, sondern voranbringt. Wir setzen auf Flexibilität statt auf Ideologie. Die Freiheit, selbst zu wählen, wie man sich in unserer Stadt fortbewegt, ist für uns Ausdruck einer modernen urbanen Gesellschaft. Gleichzeitig verstehen wir Verkehrspolitik als Teil der Stadtentwicklung: Sie muss Räume schaffen, statt sie zu verengen.

Unsere Forderungen für sichere und zuverlässige Hauptstadt-Mobilität:

Für mehr Sicherheit im Verkehr

Für die AfD hat Verkehrssicherheit höchste Priorität. 37 Verkehrstote und über 1.800 Schwerverletzte im Berliner Straßenverkehr zeigen, dass die Anstrengungen für mehr Verkehrssicherheit deutlich verstärkt werden müssen.

Die AfD fordert:

- Die Richtlinien für das Sicherheitsaudit an Straßen (RSAS) im Land Berlin flächendeckend und verbindlich umzusetzen.
- Die Sichtbeziehungen an Knotenpunkten, Querungsstellen, Haltestellen sowie im Schulumfeld konsequent zu kontrollieren und zu verbessern.
- Die Ergebnisse der Unfallkommission systematisch umzusetzen.
- Die beschleunigte Beseitigung festgestellter Gefahrenquellen.
- Ein landesweites Unterstützungsprogramm „Sichere Schulwege 2030“.
- Den Ausbau intelligenter Verkehrssteuerung.
- Ein Programm „Sichere Knoten 2030“.

Für einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV

Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr ist der Schlüssel zu flächendeckender, bezahlbarer Mobilität. Um einen freiwilligen Umstieg der Berliner auf den ÖPNV zu unterstützen, muss dieser attraktiver werden.

Die AfD fordert:

- Eine Offensive zur Personalgewinnung bei BVG und S-Bahn.

- Einen zügigen Ausbau des Schienennetzes und den Einsatz moderner, ressourcenschonender Verkehrssysteme wie Seilbahnen.
- Barrierefreiheit nicht nur für in der Mobilität beeinträchtigte Personen, sondern auch für kognitiv Beeinträchtigte ausbauen.
- Effektive ÖPNV-Anbindungen fertigzustellen, bevor neue Stadtgebiete bezogen werden.
- Eine Beschleunigung des ÖPNV durch optimierte Vorrangschaltungen.
- Die zügige Einführung digitaler Zugleittechnik (CBTC) zur Erhöhung der Taktfolge und zur sicheren Trennung von Bahnsteig und Gleiskörper.
- Tarifliche Angebote, die Pendler schon in Brandenburg auf den ÖPNV umsteigen lassen.
- Gemeinsame Sicherheits- und Sauberkeitsstreifen auf allen U-Bahn-Linien und ein einheitliches Notrufsystem.
- Vereinfachtes Ticketing durch Mobilitätskonten, die den ÖPNV, Carsharing-Angebote und Mikromobilität integrieren.
- Zugangsbeschränkungen für Personen ohne Fahrschein.
- Eine bessere Einbindung des Regionalverkehrs in das Gesamtnetz.

Für diskriminierungsfreien Autoverkehr

Der motorisierte Individualverkehr bleibt für uns auch in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil urbaner Mobilität. Das Auto ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung für alle, die auf Flexibilität angewiesen sind.

Die AfD fordert:

- Eine vorausschauende Sanierung maroder Brücken, um Abrisse zu vermeiden.
- Den Aufbau eines Infrastruktur-Monitoring, das systematisch Zustand und Ausbaubedarf von Straßen und Parkraum erhebt.
- Die Realisierung des 17. Bauabschnitts der A 100 zur Entlastung der Eisenbrücke und den Lückenschluss des inneren Autobahnringes.
- Baustellenorganisation und -koordination müssen verbessert und digitalisiert, der Informationsfluss zu den Verkehrsteilnehmern transparenter werden.
- Unterirdische Verkehrsführungen schaffen, um oberirdisch neue Spielräume zu erhalten
- Statt mit Kiezblocks Wohngebiete abzusperren, muss der Verkehrsfluss auf Hauptverkehrsstraßen verbessert werden.
- Beseitigte Parkplätze wiederherstellen, ein digital vernetztes Parkplatzmanagement einführen und die Parkraumbewirtschaftung auf das notwendige Maß zurückführen.

- Anwohnerparken muss preisgünstig bleiben: Durch digitalisierte Antragsbearbeitung müssen Verwaltungskosten gesenkt werden.
- Park-and-Ride-Standorte am Stadtrand sind auszubauen.

Für einen funktionierenden urbanen Wirtschaftsverkehr

Funktionierende Wirtschaftsmobilität und Logistik sind die Lebensader unserer Stadt.

Die AfD fordert:

- Ein Logistikkonzept für Berlin, das nicht auf Verknappung, sondern auf Integration und Effizienz setzt.
- Den Erhalt, den Ausbau und die Kontrolle von Lade- und Lieferzonen.
- Die Einführung digitaler Lieferzonensysteme, bei denen Handwerker und Lieferanten Plätze per App reservieren können.
- Stadtteilbezogene Mikro-Logistikzentren.
- Die Umsetzung eines Projektes „Paketzustellung per Drohne“ in einem Pilotbezirk.

Für Radverkehr ohne ideologische Schlagseite

Der Radverkehr ist ein bedeutender Bestandteil urbaner Mobilität. Ziel muss ein Radverkehrsausbau mit Augenmaß sein, der nicht auf Verdrängung setzt, sondern auf der Koexistenz unterschiedlicher Fortbewegungsmittel basiert.

Die AfD fordert:

- Einen bedarfsgerechten Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur durch besseres Radverkehrsmonitoring.
- Eine zielgerichtete Streckenführung auf Nebenstraßen, die benachbart und parallel zu Hauptstraßen verlaufen.
- Markierungslösungen statt Modalfilter.
- Signaltechnik, die Rotlichtverstöße minimiert.
- Ein „1.000-Räder-Programm“, das modulare, abschließbare Abstellanlagen vorsieht.

Für barrierefreien Fußgängerverkehr für alle Generationen

Der Fußverkehr ist die Grundlage urbaner Nahmobilität. Seine Attraktivität orientiert sich an Sicherheit, Komfort und Barrierefreiheit der Fuß- und Gehwege.

Die AfD fordert:

- Eine Initiative „Gehweg 2030“, mit der die Gehweginfrastruktur Berlins

systematisch saniert wird. Dazu gehören:

- + die Beseitigung von Stolperfallen und unebenem Pflaster,
 - + durchgängige Bordsteinabsenkungen an Querungsstellen,
 - + eine koordinierte Beleuchtungs- und Sicherheitsstrategie.
- Die Vermeidung von Engstellen durch abgestellte E-Scooter, Fahrräder oder durch Stadtmöbel.
- Die Umwidmung von Fußwegen für Radverkehr oder Shared-Mobility-Zonen nur vorzunehmen, wenn die Restbreite ausreichend ist.

Für neue Formen der Mobilität in Berlin

Berlin soll Modellstadt für innovative Mobilität werden – offen für Ideen, aber kritisch mit Blick auf Nutzen, Akzeptanz und Kosten.

Die AfD fordert:

- Einen „Zukunftsfonds Mobilität Berlin“, gespeist aus zweckgebundenen Infrastrukturmitteln, der Pilotprojekte fördert.
- Die Einführung eines stadtweiten digitalen Baustellenregisters.
- Digitalisierung, um Verfügbarkeit und Bedarfe abzugleichen.
- Modulare Mobilstationen an zentralen Umsteigepunkten.
- Urbane Luftmobilität planungsrechtlich vorzubereiten.
- Einen Pilotbezirk für das Projekt „Paketzustellung per Drohne“.
- Die Einführung autonom fahrender Busse in ausgewählten Bereichen.

Für mehr Realitätssinn in der Verkehrspolitik

– Umbau des Berliner Mobilitätsgesetzes

Statt auf sachgerechte Bedarfsanalysen und technische Machbarkeit zu setzen, verfolgt das Mobilitätsgesetz das Ziel einer einseitigen „Verkehrswende“.

Die AfD fordert:

- Die Umwandlung des Gesetzes in ein funktionales Infrastrukturgesetz.
- Die ersatzlose Streichung des Vorrangs des Umweltverbundes zugunsten eines fairen Miteinanders.
- Eine Absage an pauschale Verkehrsberuhigung.
- Eine Rücknahme utopischer Ausbauvorgaben des Radverkehrsnetzes ohne Realitätsbezug.

WIRTSCHAFT & SOZIALES



„MEHR FREIHEIT ERMÖGLICHT WIRTSCHAFTLICHEN WOHLSTAND UND SOZIALE SICHERHEIT“ – FÜR EINE WIRTSCHAFTLICH FLORIERENDE UND SOZIAL GERECHTE HAUPTSTADT

Berlin steht am Scheideweg. Jahrzehnte links-grüner Politik haben unsere Stadt wirtschaftlich geschwächt und sozialpolitisch überdehnt. Bürokratie, Steuerlast und Bevormundung ersticken Unternehmergeist, Leistungswillen und Eigenverantwortung. Gleichzeitig werden soziale Leistungen immer weniger an tatsächliche Bedürftigkeit, Arbeitsbereitschaft und Lebensleistung geknüpft. Politische Fehlentwicklungen wie unregelmäßige Migration, Energiepreisexplosion und eine wirtschaftsschädliche EU-Politik setzen die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft zusätzlich unter Druck und müssen dringend korrigiert werden. Betriebe brauchen Planungssicherheit und eine Entlastung von zu hohen Kosten und staatlicher Gängelung. ***Unser Leitbild ist und bleibt die soziale Marktwirtschaft.***

Die AfD wagt den Neuanfang

Wir stehen für wirtschaftliche Freiheit, eine moderne, technologieoffene Industriepolitik und einen Sozialstaat, der fair, zielgerichtet und frei von ideologischen Fehlanreizen ist. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, die Schwächsten zuverlässig schützen und faire Rahmenbedingungen für Bürger und Betriebe schaffen. Berlin soll wieder eine Stadt werden, in der sich Arbeit lohnt, Unternehmertum gewürdigt und der gesellschaftliche Aufstieg möglich wird.

Mehr Freiheit wagen heißt:

- + Gründergeist und Innovationsbereitschaft statt Gängelung und Überbürokratisierung.
- + Investitionen statt Ideologie.
- + Abbau von Abhängigkeiten und Hilfe zur Selbsthilfe statt immer neuer Transferinstrumente.
- + Starke Familien, starkes Handwerk, starker Mittelstand.

Unsere Forderungen für ein wirtschaftlich starkes Berlin:

Verwaltung entpolitisieren – Wirtschaft priorisieren

Die Berliner Verwaltung muss wieder für die Bürger und Unternehmen da

sein. Schluss mit grüner Klientelpolitik in Bezirksämtern, Planungsbehörden und Ausschüssen.

One-Stop-Shop für Gründer und Investoren: mehr „Partner für Berlin“

„Partner für Berlin“ soll zu einem zentralen, digitalen Dienstleister für Unternehmensgründungen und Investoren ausgebaut werden – mit Mentoringprogramm und Komplettservice aus einer Hand. Dadurch könnten Investitionen in Berlin erheblich erleichtert werden.

Bürokratieabbau forcieren und Berliner Vergabegesetz aufheben

Mit einem Sonderausschuss „Bürokratieabbau“ ist eine effektive Systematik zum Abbau des Bürokratiedschungels zu entwickeln und zu begleiten. Die Verwaltung ist aufgefordert, entbehrliche Gesetze und Verordnungen zur Streichung anzumelden. Der Berliner Sonderweg eines eigenen Vergabegesetzes ist aufzugeben.

Steuern und Abgaben senken

Wir fordern eine Senkung der Gewerbesteuer und die Abschaffung ideologisch motivierter Zusatzlasten wie die CO²-Bepreisung für Gewerbeimmobilien. Die Steuerpolitik muss endlich wieder wirtschaftsfreundlich und investitionsfördernd werden.

Investitionsoffensive statt Symbolpolitik

35 Mrd. Euro Investitionsrückstand bei Schulen, Verkehr, Verwaltung und öffentlicher Infrastruktur müssen gezielt und Schritt für Schritt abgebaut werden. Keinerlei weitere Klima- oder Genderprojekte – wir investieren in das Fundament dieser Stadt

Industriepolitik mit Zukunft – Berlin als Hochtechnologiestandort

Berlin muss wieder industrieller Kernstandort werden.

Wir fördern gezielt die Ansiedlung von Unternehmen in den Bereichen:

- + Luft- und Raumfahrt;
- + Gesundheitswirtschaft;
- + Halbleiter, KI;
- + Robotik, 3D-Druck;
- + Quantencomputing und
- + IT-Sicherheit.

Flächen für Gewerbe und Industrie – transparent und verfügbar

Ein öffentliches Gewerbeflächenkataster und ein aktives Standortmar-

keting sollen Investitionen in Berlin erleichtern. Hierbei ist gewerbliche Nutzung klar zu priorisieren. Die „Berliner Mischung“ aus Wohnen, Arbeiten und Leben muss erhalten bleiben.

Handwerk und Ausbildung stärken

Wir setzen auf das Handwerk als Rückgrat des Mittelstands.

Wir fordern:

- Die Einführung einer Meistergründungsprämie.
- Die Förderung und Vereinfachung von Betriebsübernahmen.
- Die Stärkung der betrieblichen Berufsausbildung.
- Die verstärkte Kooperation zwischen Schulen, Handwerkskammern und IHK.

Wissenschaft und Wirtschaft besser vernetzen – einen zentralen Ort für das Berliner Start-up-Ökosystem schaffen

Um die Innovationskultur in unserer Stadt zu stärken und den Transfer von Forschungsergebnissen in Entrepreneurship voranzubringen, wollen wir Spin-offs/Ausgründungen erleichtern, Bürokratie abbauen und die Hochschulen stärker mit der Wirtschaft verzahnen. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, einen zentralen Ort für das Berliner Start-up-Ökosystem nach dem Vorbild der Station F in Paris zu schaffen.

Tourismus, Einzelhandel und Gastronomie stärken

Tourismus, Einzelhandel und Gastronomie leiden immer noch unter den Langzeitfolgen der überzogenen Politik der Coronamaßnahmen. Der Luftverkehr von und nach Berlin liegt im Gegensatz zu anderen europäischen Metropolen immer noch unter dem Vor-Corona-Niveau.

Deshalb fordern wir:

- Die Abschaffung der „City-Tax“ genannten Bettensteuer für Übernachtungen.
- Den Rückbau der wuchernden Umwelt- und Bürokratieauflagen für Einzelhandel und Gastronomie.
- Eine Reduzierung der Luftverkehrssteuer.

Unsere Forderungen für ein sozial gerechtes Berlin:

Freiheit statt Abhängigkeit – Sozialpolitik neu denken

- Eigenverantwortung der Bürger stärken

Der überdehnte Sozialstaat führt in Kombination mit der illegalen Mas-

sen- und Armutsmigration zu einer überhöhten Steuer- und Abgabenlast, zu wachsender Staatsverschuldung, überbordender Bürokratie und wachsender Abhängigkeit von staatlichen Leistungen.

Eigeninitiative, familiäre Solidarität und gesellschaftliches Engagement werden dadurch geschwächt, Leistungsträger entmutigt oder ins Ausland gedrängt. Sozialpolitik bedeutet für uns: Eigenverantwortung fördern, Familien stärken und ehrenamtliches Engagement unterstützen. Wer unverschuldet in Not gerät, muss Hilfe von der Solidargemeinschaft erhalten – jedoch nicht als Dauerlösung, sondern an Eigeninitiative und Mitwirkung gebunden. Gleichzeitig schaffen wir mehr Netto vom Brutto und beenden die Überlastung durch überflüssige Bürokratie.

Sozialstaat effizient gestalten – Sozialausgaben überprüfen

Viele Leistungen werden dauerhaft bezogen, obwohl Erwerbsfähigkeit besteht – das demotiviert die Betroffenen und belastet die Solidargemeinschaft. Hilfe zur Selbsthilfe heißt für uns: niedrigschwellige Unterstützung für Bedürftige, aber mit klaren Mitwirkungspflichten und strikten Kontrollen gegen Missbrauch. Regelmäßige Bedürftigkeitsprüfungen, Sanktionen bei Leistungsverweigerung und ein Vorrang für die Arbeitsaufnahme müssen selbstverständlich sein.

Ein Teil der Sozialausgaben fließt in ineffiziente Strukturen oder fördert Abhängigkeit, statt Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern. Wir fordern: Staatliche Hilfe muss bei den Bedürftigen ankommen – nicht in überbürokratisierten Trägerstrukturen versickern. Deshalb sind eine regelmäßige Wirksamkeitsprüfung von Programmen und eine Begrenzung der Dauerförderung von Trägern und Vereinen unerlässlich.

Lohnabstandsgebot sichern

Sozialleistungen liegen in nicht wenigen Fällen auf oder sogar über dem Niveau von Erwerbseinkommen. Das demotiviert die Betroffenen und hält sie von der Arbeitsaufnahme ab. Deshalb muss grundsätzlich gelten: Wer arbeitet, muss spürbar mehr haben als derjenige, der es nicht tut – nur das ist gerecht und motiviert zur Arbeitsaufnahme.

Mindestlohn sichern

Der gesetzliche Mindestlohn schützt Beschäftigte vor Lohndumping und erlaubt eine Existenz jenseits der Armutsgrenze. Der überhöhte Berliner Landesmindestlohn hingegen verzerrt den Wettbewerb und führt zu überhöhten Kosten, komplizierteren Vergabeverfahren und weniger In-

vestitionen. Deshalb befürwortet die AfD den gesetzlichen Mindestlohn, lehnt den Berliner Landesmindestlohn aber ab. Unternehmerische Freiheit und wirtschaftliche Vernunft müssen Vorrang haben!

Schwarzarbeit bekämpfen

Schwarzarbeit untergräbt legale Beschäftigung, entzieht dem Staat und den Sozialversicherungen Mittel und schadet ehrlichen Unternehmen. Der Rechtsstaat und das Gebot der Fairness verlangen hier klare Regeln, die auch konsequent durchgesetzt werden. Deshalb fordern wir mehr Kontrollen, wirksame Sanktionen und gezielte Aufklärung über Risiken und Alternativen zur Schwarzarbeit.

Berufliche Bildung stärken – Nein zur Ausbildungsplatzumlage

Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel wachsen in Berlin gleichermaßen. Viele Betriebe bilden nicht aus, weil geeignete Bewerber fehlen oder bürokratische und finanzielle Hürden zu hoch sind. Insbesondere der Nachwuchs im Handwerk bricht weg. Wir setzen deshalb auf verstärkte Förderung und verbesserte Rahmenbedingungen für betriebliche Ausbildung statt auf Strafe und Überwachung – die Ausbildungsplatzumlage lehnen wir als kontraproduktiv und demotivierend ab.

Um die Ausbildungsbereitschaft und die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern, fordern wir eine stärkere Berufsorientierung in unseren Schulen, den Ausbau der Jugendberufsagenturen und gezielte Förderprogramme für Ausbildungsbetriebe. Dazu müssen ergänzend eine Erhöhung des Aufstiegs-BAföGs (Meister-BAföG), eine Meistergründungsprämie sowie ein Fortbildungsfonds nach niederländischem Vorbild kommen. Nur so lassen sich die berufliche Bildung sichern, das Handwerk stärken und der Fachkräftemangel wirksam bekämpfen, statt die Unternehmen bürokratisch zu gängeln und mit Mehrkosten zu belasten.

Weiterbildung und qualifizierte Einwanderung

Die Politik setzt zu einseitig auf Migration zur Fachkräftesicherung, statt in vorhandene Potenziale zu investieren. Wir wollen in erster Linie diejenigen Menschen stärken, die schon hier leben – durch Qualifizierung und Weiterbildung. Deshalb setzen wir auf die Förderung von Berufsabschlüssen, gezielte Umschulungen und lebenslanges Lernen.

Barrierefreiheit mit Augenmaß

Barrierefreiheit wird in vielen Fällen ideologisch übersteuert – wichtige Maßnahmen scheitern an der Überforderung kleinerer Träger und Kom-

munen. Deshalb fordern wir den Ausbau der Barrierefreiheit mit Augenmaß und mit Orientierung am tatsächlichen Bedarf. Der Ausbau von Barrierefreiheit soll vor allem in Behörden, im Nahverkehr und im Gesundheitswesen vorangetrieben werden – aber mit realistischer Finanzierung und klarer Schwerpunktsetzung.

Behindertenwerkstätten fördern

Werkstätten für Behinderte werden in letzter Zeit verstärkt ideologisch infrage gestellt, obwohl sie vielen Menschen mit Behinderung Struktur und Teilhabe ermöglichen. Dahinter steht ein einseitiges und unrealistisches Verständnis von Inklusion.

Wir wollen den Schutzraum der Werkstätten erhalten – als freiwilliges Angebot für Menschen, die ihn brauchen. Dabei wollen wir verstärkt in Sicherung und Modernisierung der Werkstätten investieren.

Seniorenpolitik

Viele ältere Menschen in Berlin leiden unter digitaler Ausgrenzung, überbordender Bürokratie und fehlendem barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum. Zudem sind die Renten vieler Senioren gerade bei gebrochenen Erwerbsbiographien und nach der Übernahme familiärer Pflege- und Erziehungsarbeit viel zu niedrig.

Altersarmut führt nicht nur zu materieller Not, sondern auch zu wachsender Einsamkeit – ein gravierendes Problem in Berlin. Viele Senioren fühlen sich ausgegrenzt, überfordert und verlieren das Vertrauen in Politik und Gesellschaft.

Wir setzen uns für Würde, Teilhabe und Sicherheit im Alter ein und fordern:

- Den gezielten Ausbau altersgerechten und bezahlbaren Wohnraums.
- Die Sicherung analoger Behörden- und Lebenszugänge als verlässliche Alternative zur Digitalisierung.
- Die Bekämpfung von Einsamkeit im Alter durch gezielte Förderung von Teilhabemöglichkeiten und ehrenamtlichen Engagements.

Ehrenamt bleibt Ehrenamt

Bürokratie, politische Einflussnahme und der Ersatz regulärer Arbeit durch ehrenamtliche Arbeit gefährden das Ehrenamt. Ehrenamtliche Tätigkeit kann und darf staatliche Aufgaben nicht ersetzen. Wir setzen uns für die faire und ideologiefreie Anerkennung und Förderung des Ehrenamts ein. Dabei müssen Ehrenamt und staatliche Daseinsfürsorge

klar getrennt bleiben, Bürokratie abgebaut und Privatinitiativen gestärkt werden.

Obdachlosigkeit wirksam bekämpfen

Ein erheblicher Teil der obdachlosen Menschen in Berlin hat keinen deutschen Pass. Oft fehlt eine langfristige Bleibeperspektive, doch bestehende Rückkehrmöglichkeiten werden nicht ausreichend genutzt. Gleichzeitig konzentriert sich die Hilfe vielfach auf Personengruppen ohne Integrationsperspektive.

Obdachlosigkeit darf kein Dauerzustand werden – weder für Einheimische noch für Zugewanderte ohne Aufenthaltsrecht. Hilfe muss zielgerichtet, human und realistisch sein.

Deshalb fordern wir:

- Die Förderung freiwilliger Rückkehrprogramme.
- Eine verstärkte Unterstützung für wirklich Schutzbedürftige.
- Eine gezielte Umgestaltung der Obdachlosenhilfe – mit klarem Fokus auf wirksame Hilfe statt dauerhafter Verwaltung von Perspektivlosigkeit.

ALLE ENERGIE FÜR BERLIN



BEZAHLBARE WÄRME UND ENERGIE STATT KLIMASOZIALISTISCHER ENERGIEWENDE

Die Energieversorgung in Deutschland und Berlin ist durch eine zunehmende Abhängigkeit von nicht grundlastfähigen Energiequellen gefährdet. Ursache dafür ist ein klimaideologisch betriebener Energie-sozialismus, der unermessliche finanzielle Mittel verschleudert und mit Energiesteuern und CO₂-Abgaben hemmungslos bei den Bürgern abkassiert. Damit muss endlich Schluss sein! Wir schlagen deshalb die Rückkehr zu einem vernünftigen Energiemix und eine deutliche Entlastung der Bürger bei den Energiekosten vor.

Ideologie beenden, Realität anerkennen: das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz durch ein Sichere-Energie-Gesetz ersetzen

Das Ziel „Berlin klimaneutral 2045“ ist ein ideologisches Prestigeprojekt ohne Einfluss auf das Weltklima. Es gefährdet die Versorgungssicherheit, treibt die Energiepreise in die Höhe und verschleudert finanzielle Ressourcen, die in Berlin dringend an anderer Stelle benötigt werden.

Damit unterwerfen die Altparteien Bürger, Wirtschaft und Verwaltung gleichermaßen einem dogmatischen Klimanarrativ und gefährden Prosperität und Wohlstand in unserer Stadt. Wir wollen diesen Irrweg beenden. Das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz muss deshalb abgeschafft und durch ein Sichere-Energie-Gesetz ersetzt werden, das Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Netzstabilität zum Maßstab macht.

Energie für Bürger und Wirtschaft wieder bezahlbar machen

Der politisch erzwungene Ausstieg aus der Kernenergie und absehbar aus der Kohleverstromung hat zu einer künstlichen Verknappung der Energieversorgung geführt. Die Folge sind explodierende Strom- und Wärmepreise sowie eine gefährliche Abhängigkeit von teuren Energieimporten. Diese Entwicklung ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen. Wir wollen die Grundlagen dafür schaffen, dass Strom und Wärme wieder bezahlbar werden – durch einen realistischen Energiemix, den Abbau kostentreibender Vorgaben und eine Abkehr von planwirtschaftlichen Steuerungsvorschriften. Über

eine Bundesratsinitiative wollen wir eine deutliche Senkung der Energiesteuern und eine Abschaffung der CO₂-Abgabe erreichen.

Versorgungssicherheit statt Blackout – breiten Energiemix sicherstellen

Eine sichere Energieversorgung ist nur mit einem grundlastfähigen Energiemix möglich. Wetterabhängige Energiequellen können Versorgungssicherheit und Netzstabilität nicht garantieren. In Dunkelflauten sind sie außerstande, den Bedarf einer Millionenstadt zu decken. Deshalb braucht Berlin weiterhin Kohle- und Gaskraftwerke sowie Importstrom aus unterschiedlichen Energiequellen, um Spitzenlasten abzufangen und Blackouts zu verhindern. Wir setzen auf eine technologieoffene Energiepolitik statt auf neosozialistische Marktsteuerung.

Keine Windräder in Berliner Wäldern

Windräder in Berlin lehnen wir strikt ab! Berlin ist ein dicht besiedelter Stadtstaat mit begrenzten Naherholungsflächen und sensiblen Natur- und Erholungsräumen. Großwindkraftanlagen zerstören Landschaft, belasten Mensch, Tier und Umwelt und leisten keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit unserer Stadt.

Ohne Kernkraft keine stabile Energie

Der deutsche Atomausstieg ist ein weltweit einmaliger Sonderweg und ein energiepolitischer Kardinalfehler der deutschen Politik. Das haben mittlerweile auch Friedrich Merz und Ursula von der Leyen eingesehen, ohne daraus allerdings die notwendigen politischen Konsequenzen zu ziehen. Denn der Wiedereinstieg in die Kernenergie ist unverzichtbar, wenn Versorgungssicherheit, Netzstabilität und bezahlbare Preise gewährleistet werden sollen.

Moderne Reaktoren der dritten und vierten Generation verfügen über umfassende Sicherheitskonzepte und ermöglichen eine stabile, grundlastfähige Energieversorgung. Wir wollen zur Renaissance der Kernenergie einen Beitrag leisten und Berlin wieder zu einem Zentrum der Kernforschung machen. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Rückkehr zur Kernenergie als Teil eines technologieoffenen Energiemixes ein.ein.

KINDER,

JUGEND

& FAMILIE



ZUKUNFT DURCH VERANTWORTUNG: FAMILIEN STÄRKEN – KINDER SCHÜTZEN

Die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und muss vom Staat geschützt und gefördert werden. Eine intakte Familie bietet den Kindern einen geschützten Raum der Liebe und Geborgenheit. Sie ist ein fester Anker in den Stationen des Lebens, von der Geburt an über die Schulzeit, das Berufsleben, die Gründung einer eigenen Familie bis hin zum Ruhestand und Lebensende. Es ist dabei unerheblich, ob das Zusammenleben zwei oder mehr Generationen umfasst. In einer unsteten Zeit und einer auseinanderbrechenden Gesellschaft bedeutet Familie, einen festen Anlaufpunkt, ein Zuhause zu haben. Die Familie steht für Geborgenheit, Vertrauen, gegenseitige Fürsorge, Schutz und Rückhalt. Eine Familie ist der Ort, um Freude zu teilen, Trost zu finden, Kraft zu tanken sowie Liebe zu empfangen und zu geben. Die Familienpolitik der AfD ist darauf ausgerichtet, diese Art des Zusammenlebens zu ermöglichen, zu unterstützen und gezielt zu fördern.

Zur Realität gehört leider auch, dass nicht jede Familie harmonisch zusammenlebt und dass Beziehungen scheitern. Die AfD unterstützt ausdrücklich auch alle, die nicht das Glück haben, in einer lebenslangen, tragfähigen Beziehung zu leben, und alle, die familiär ein besonderes Schicksal erfahren haben. Das gilt insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter sowie deren Kinder, für Patchworkfamilien sowie für Pflege- und Adoptivfamilien. Auch für diese Gruppen sieht das familienpolitische Programm der AfD eine umfassende Unterstützung vor.

Eines der wichtigsten Ziele der AfD-Familienpolitik ist es deshalb, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Beziehungen und Familien sich gut entwickeln und Belastungen gut verkraften können. Eltern setzen sich für ihre Kinder ein: zeitlich, persönlich und finanziell. Idealerweise sollte der Vater oder die Mutter zumindest in der Kleinkindphase auf Wunsch die Möglichkeit haben, ohne finanzielle Einbußen zu Hause zu bleiben oder nur Teilzeit zu arbeiten. Die Familienpolitik der AfD enthält entsprechende Förderprogramme und Unterstützungsleistungen, die dies ermöglichen und damit das Band der Familie stärken. Neben staatlicher Förderung und steuerlicher Entlastung ist in unserer Gesellschaft eine

deutlich größere Wertschätzung für die Leistungen von Müttern, Vätern und Großeltern erforderlich.

Kinder sichern den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil sie die Bindeglieder zwischen der Folge der Generationen sind. Zugleich sind sie sinnstiftend und geben dem Leben jenseits materieller Orientierung eine Bedeutung. Kinder stehen für die Weitergabe der eigenen Kultur, der Traditionen und der Fähigkeiten ihres Volkes. Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt die AfD eine Geburtensteigerung und damit eine demografische Wende in Deutschland an. Diese ist für den Fortbestand unserer Sozialsysteme unerlässlich.

Unsere Forderungen für starke Familien, verantwortungsvolle Kindererziehung und den Schutz des Lebens:

Familien fördern und finanziell entlasten

Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 70er-Jahre weit unterhalb des Niveaus zur Bestandserhaltung. Berlin bildet hierbei im bundesweiten Vergleich das Schlusslicht. Das steht in einem eklatanten Widerspruch zum Kinderwunsch der Jugendlichen, die sich je nach Studie zwischen 2 und 3 Kinder pro Paar wünschen. Gerade deshalb ist eine aktivierende Familienpolitik in Berlin von höchster Bedeutung. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Die AfD fordert deshalb eine breite Palette an Fördermaßnahmen:

Die AfD setzt sich in allen fachpolitischen Ressorts für die Rechte der Familie ein. Wir wollen die Interessenlagen von Familien mit Kindern bei politischen Entscheidungen prioritär behandeln. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, durch die junge Menschen frühzeitig Kinder bekommen können.

Familienbezogene Leistungen müssen von der Verwaltung schnell und bürokratiearm erbracht werden. Die AfD will ein steuerliches Familiensplitting zusätzlich zum Kindergeld einführen. Wir werden dafür sorgen, dass es preiswerten und ausreichend großen Wohnraum für Familien gibt. Bei selbstgenutztem Wohnraum durch Familien werden wir die Grunderwerbsteuer erlassen.

Das Studieren mit Kind wird die AfD erleichtern – durch Sicherstellung der Kinderbetreuung an den Hochschulen, durch Gewährung von bis zu sechs Urlaubssemestern pro Kind und durch den Erlass von Bafög-Darlehen bei

Geburt eines Kindes während des Studiums.

Für Familienzentren werden wir Qualitätsstandards umsetzen. Die noch jungen, aber in ihrer Finanzierung gefährdeten Familiengrundschulzentren wollen wir weiter unterhalten.

Für Familien mit geringem Einkommen sichern wir die bezuschussten Angebote der Familienerholung. Für Familien mit einem behinderten Angehörigen wollen wir entlastende Dienste bereitstellen und auskömmlich finanzieren. Dazu gehört auch die Verwirklichung des „Eine-Pause-Hauses“ (Kurzzeitwohnen für versorgungsintensive junge Menschen).

Kinderbetreuung ohne Frühsexualisierung

Im erzieherischen Umgang mit der persönlichen Reifung und Intimsphäre von Kindern und Jugendlichen gehen Sensibilität und pädagogisches Verantwortungsbewusstsein zunehmend verloren. Durch die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ wird die natürliche Schamgrenze der Kinder verletzt und erleichtert dadurch sexuelle Übergriffe.

Die AfD fordert, jede Form grenzüberschreitender Thematisierung von Sexualität in Kitas und an Schulen zu verbieten. Wir lehnen Frühsexualisierung, „Erkundungsräume“, „Original Play“ und Drag-Queen-Lesungen ab. Die Inhalte des „Berliner Bildungsprogramms“ und des KitaFÖG müssen sich konsequent an einer kindgerechten Entwicklung ausrichten und dürfen nicht fachfremden Erwägungen untergeordnet werden.

Verantwortungsvolle Kinderbetreuung

Familien sind heute nicht nur materiellen, sondern auch ideellen Belastungen ausgesetzt. Durch den Transgender-Hype, Frühsexualisierung und ein Ausspielen der Jugendlichen und Kinder gegen ihre Eltern wird der Zusammenhalt in den Familien gefährdet. Die Arbeit im Haushalt wird stark abgewertet und der Wert der Familien- und Erziehungsarbeit völlig unterschätzt. Mütter zählen in der „woken“ Gesellschaft nur, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihre Kinder möglichst schon im Babyalter in eine staatliche Ganztagsbetreuung geben.

Zur Stärkung der Wahlfreiheit zwischen Selbst- und Fremdbetreuung für U3-Kinder wollen wir ein Landeserziehungsgeld in Höhe der vergleichbaren Kosten für einen Kita-Platz einführen.

Wir halten an der Kostenfreiheit für die Kita fest. Beiträge für zusätzliche

Angebote sollen möglich bleiben, dadurch darf in einer Kita aber keine Zweiklassengesellschaft entstehen.

Wir werden das Angebot an Kita-Plätzen erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Dabei wollen wir den Betreuungsschlüssel erhöhen und für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten längere Öffnungszeiten ermöglichen. Für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste werden wir eine „Blaulicht“-Kita schaffen. Wir werden kleine und mittelgroße Kita-Träger sowie Betriebskindergärten fördern.

Deutsch muss als verpflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden. Zur Gewährleistung der Schulreife wollen wir über eine Änderung des Schulgesetzes wieder die klassische Vorschule an den Grundschulen ermöglichen. Die Schuleingangsuntersuchungen müssen wieder konsequenter durchgeführt werden.

Gleichberechtigung statt Gleichstellung

Die Realität der Zweigeschlechtlichkeit darf nicht auf dem Altar der Transideologie geopfert werden. Weiblichkeit und Männlichkeit mit ihren unterschiedlichen Potentialen sind etwas Positives. Dadurch können sich Frauen und Männer hervorragend ergänzen.

Wir setzen auf echte Chancengleichheit statt erzwungener Ergebnisgleichheit. Jeder Mensch soll unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Hintergrund die gleichen Möglichkeiten erhalten, seinen Weg nach Leistung und Talent zu gehen.

Das ausufernde Beauftragtenwesen mit z. B. Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsbeauftragten verschlingt nicht nur Unsummen an Steuermitteln, es befördert auch eine einseitige Klientelpolitik und führt zu überbordender Bürokratie.

Die AfD steht für Chancengleichheit statt Ergebnisgleichheit. Leistungsfeindliche und diskriminierende Quoten lehnen wir ab. Das Beauftragtenwesen wollen wir abschaffen. Das Geld für die unnötigen Beauftragten, deren Mitarbeiter und Sachmittel werden wir zur Familienförderung einsetzen.

Trennungen vermeiden – Trennungsfolgen mindern

Leider spielen Trennungen der Eltern in der Lebensrealität von Kindern eine immer größere Rolle. Sie fühlen sich oft ohnmächtig und alleingelassen. Ein Drittel aller Trennungskinder erleidet den Kontaktabbruch zu ei-

nem Elternteil. Dabei braucht jedes Kind Vater und Mutter in der gesamten Kindheit.

Die AfD will Rahmenbedingungen für stabile Ehen und Partnerschaften schaffen, damit es gar nicht erst zu Trennungen kommt. Im Fall der Trennung sollten beide Eltern Sorgearbeit übernehmen, die Bindung zu Vater und Mutter muss erhalten bleiben. Sollte ein Elternteil bei der Erziehungsarbeit ausfallen, muss dem alleinerziehenden Elternteil die notwendige Unterstützung zukommen. Den Familienpflegedienst und die flexible Kinderbetreuung, auf die Alleinerziehende in besonderem Maße angewiesen sind, werden wir stärken.

Über das Angebot der Familienberatungsstellen wollen wir Trennungsfamilien bestärken, eine positive Umgangsregelung für ihre Kinder finden. Unterhaltspflichten wollen wir gleichmäßig an die zeitliche Intensität der Betreuung binden und so Kosten und Lasten gerechter aufteilen. Kontaktabbrüche zu Vater oder Mutter und Umgangsvereitelung sind gesetzeswidrig und müssen unterbunden werden.

Stabile Ehen und Partnerschaften, Familiengründung und Verantwortung für die Familie wollen wir als Themen verbindlich in die Lehrpläne der Schule aufnehmen. Die Fähigkeit zur Eigenverantwortung ist die effektivste Maßnahme gegen Kinder- und Familienarmut.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass auch unverheiratete Väter automatisch zusammen mit der Mutter das Sorgerecht für ihr gemeinsames Kind erhalten, sofern die Vaterschaft anerkannt ist und keine häusliche Gewalt vorliegt.

Kinder in den Familien belassen

Leider steigt auch in Berlin die Zahl der Familien, die mit ihrer Erziehungs- und Pflegeaufgabe massiv überfordert sind und daher Unterstützung von außen benötigen. In einigen Fällen ist eine Inobhutnahme die einzige akut wirksame Maßnahme, um Schaden von den Kindern abzuwenden. Doch immer wieder zerstören Fehlentscheidungen auch weitgehend intakte Familien, die teils aus fragwürdigen Gründen in den Fokus des zuständigen Jugendamts geraten. Auch aufgrund der gestiegenen Massenmigration herrscht in den Jugendämtern oft eine prekäre Personalsituation. Diese Belastung trägt dazu bei, dass Mitarbeiter ohne ausreichende Prüfung eine Inobhutnahme anordnen. Die starke Machtstellung der Jugendämter sowie nicht verbindliche Qualitätsstandards für Gutachten erhöhen das

Risiko einer gerichtlichen Fehlentscheidung zusätzlich.

Zur Vermeidung von Inobhutnahmen setzen wir auf Angebote der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe, die auf die Aktivierung der Eigenverantwortung der Familien zielen. Dazu gehören u. a. die Familienpflege, der Familienrat und vor allem die Erziehungs- und Familienberatung (EFB). Das Wunsch- und Wahlrecht für Leistungen des Jugendamtes nach § 16 SGB VIII muss konsequent angewandt werden.

Bei Fällen der Inobhutnahme aufgrund der Überforderung der Erziehungsberechtigten muss die Rückführung in die Familie das Ziel bleiben. Der Erlass einer Dauerverbleibensanordnung sollte nur in Fällen von körperlicher oder seelischer Misshandlung oder bei Selbstmeldern möglich sein.

Beratung und Sanktionierung sollten im Jugendamt getrennt werden, um Vertrauen aufzubauen und die Kooperationsbereitschaft zu fördern. Jugendämter, freie Träger und Gutachter müssen unabhängig kontrolliert werden. Betroffene Eltern, die sich gegen fragwürdige Inobhutnahmen wehren wollen, wird die AfD stärken. Dazu gehört auch das sofortige Gewähren von Akteneinsicht. Wir wollen, dass Eltern bei Inobhutnahmen über ihre Rechte (Widerspruchsrecht, Umgangsrecht) informiert werden müssen und dass die rechtliche Beratung und Hilfe für betroffene Eltern ausgebaut wird. Dazu werden wir die Ombudsstelle Jugendhilfe stärken.

Das Leben wertschätzen – Willkommenskultur für Kinder

Die AfD steht für eine Kultur des Lebens und ist im Einklang mit der deutschen Rechtsprechung der Meinung, dass der Lebensschutz bereits beim Embryo beginnt. Einer von Jahr zu Jahr geringer werdenden Anzahl von Geburten in Berlin stehen steigende Abtreibungszahlen gegenüber. So verzeichnete die amtliche Statistik für Berlin für das Jahr 2024 nur noch knapp 34.000 Geburten und 9.700 Schwangerschaftsabbrüche.

Mithilfe unserer familienfördernden Maßnahmen möchten wir werdenden Eltern in Not finanzielle Unterstützung und praktische Hilfen anbieten, damit sie sich für ihr Kind entscheiden. Auf diesem Wege will die AfD die hohe Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen signifikant verringern. Wir setzen auf eine umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und im Familienalltag, insbesondere in schwierigen Lebenslagen. Dazu sichern wir die Angebote der „Frühen Hilfen“. Gleichzeitig wenden wir uns gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären. Zum Schutz des

ungeborenen Lebens wollen wir Frauen gangbare Alternativen zur Abtreibung aufzeigen. Auch Adoptionen als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch müssen vereinfacht werden.

Räume für Kinder und Jugendliche sicherer machen

Die fortschreitende Verwahrlosung durch Drogenhandel, Straßenprostitution und Vermüllung in Berlin bekommen auch unsere Kinder zu spüren. Wir wollen unseren Kindern ein sicheres Umfeld und eine positive Perspektive bieten.

Nach dem Skandal im Jugendzentrum Wutzkyallee, wo die Vergewaltigung eines Mädchens aus Rücksicht auf den Migrationshintergrund der Täter vertuscht werden sollte, muss die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen an erste Stelle gesetzt werden. Die Strafverfolgung darf nicht an politischen und kulturellen Erwägungen scheitern. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Jugendhäuser wieder sichere Orte für Kinder und Jugendliche sind.

Jugendfreizeiteinrichtungen sollen für alle Jugendlichen einladend sein. Jugendzentren, die von Linksradikalen okkupiert wurden, brauchen einen konzeptionellen Neuanfang.

SPORT



SPORT FÖRDERT GESUNDHEIT UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

In einer Gesellschaft, die immer stärker durch soziale Vereinzelung und Bewegungsmangel geprägt ist, kommt Sport eine herausgehobene Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Gesundheit zu. Sport ist identitätsstiftend und fördert Kontakte über soziale Grenzen hinweg. Er muss deshalb frei von Politik und Ideologie bleiben. Sport verbessert das physische und psychische Wohlbefinden, stärkt Eigenverantwortung und Selbstbewusstsein als Begleiter in allen Phasen des Lebens.

Besorgniserregend ist die Zunahme von Gewalt im Amateurfußball und in Freibädern, die sich insbesondere durch die Massenmigration verschärft hat. Die AfD fordert klare Regeln und rigoroses Vorgehen gegen Gewalttäter.

Erfolgs- und Leistungsorientierung gehören zum Sport. Bei neu einzurichtenden Landesjugendspielen müssen wieder echte Leistungsvergleiche stattfinden sowie Sieger- und Ehrenurkunden ausgestellt werden. Der Wettkampf muss wieder im Vordergrund stehen.

Unsere Forderungen für attraktiven Breitensport und leistungsstarken Spitzensport:

Mehr Sportflächen für den Breitensport

Berlin verfügt über zu wenige Sportflächen. Sportplätze für Leichtathletik, Fußball und Freiluftsportarten weisen einen erheblichen Instandhaltungsrückstau auf. Die geringe Anzahl und der Zustand der Sporthallen sind in Berlin besorgniserregend. Der Bedarf für Schul- und Freizeitsport kann nicht gedeckt werden. Viele Kinder, die gerne Sport treiben würden, landen bei den Vereinen nur auf der Warteliste. Im Winter verschärft sich die Situation, da Vereine aus den Freiluftsportflächen in Hallen ausweichen müssen. Nur einzelne Berliner Bezirke verfügen über Eisflächen, was zu großen Einschränkungen bei Vereinsangeboten führt.

Eine weitere Aufgabe von Sportflächen ist inakzeptabel. Der Sanierungstau bei Sportflächen muss durch massive Investitionen und ein

Sofortprogramm behoben werden. Bei Neubauvorhaben muss der Bedarf an zusätzlichen Sportflächen berücksichtigt werden. Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte Versorgung mit qualitativ angemessenen Sportflächen für alle Sportarten. Die AfD unterstützt die Forderungen des Landes-sportbunds Berlin aus dessen 14-Punkte-Katalog für mehr und bessere Sportflächen und setzt sich für deren Umsetzung ein.

Behindertensport einen höheren Stellenwert beimessen

Beim Neubau und bei der Sanierung von Sportstätten muss stärker auf eine behindertengerechte Eignung geachtet werden. Integrationssport von Behinderten und Nicht-Behinderten fördert die soziale und gesellschaftliche Akzeptanz. Beim inklusiven Neubau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks darf es keine Abstriche zu Lasten des Behindertensports geben.

Durch Förderung des Spitzensports in die Medaillenränge

Leistungssportler dienen als Vorbild für den Breitensport und fördern eine Identifikation mit Berlin und Deutschland. Durch ein effektives Sichtungssystem in den Schulen sollen Talente frühzeitig erkannt und gefördert werden. Die Gewinnung von herausragenden Trainern und deren angemessene Bezahlung bildet die Grundlage für künftige Erfolge und muss sichergestellt werden.

Alle drei Eliteschulen des Sports und die Olympiastützpunkte in Berlin müssen erhalten bleiben und diesem Anspruch entsprechend ausgestattet werden. Wir unterstützen eine Berliner Olympiabewerbung als wichtigen Impuls für den Spitzen- und Breitensport in unserer Stadt. Als Voraussetzung für eine Bewerbung müssen eine vollkommene Kostentransparenz und die Nachnutzung der für Olympia geschaffenen Sportstätten sichergestellt sein.

Sport in der Schule

Die AfD fordert, an allen Berliner Schulen der Primar- und Sekundarstufe den Sportunterricht auf vier Schulstunden in der Woche zu erhöhen und in Doppelstunden zu unterrichten. Für den schulischen Sportunterricht muss eine schulortnahe Versorgung mit Sportflächen sichergestellt werden.

Eine Reihe von Bezirken weist einen erheblichen Mangel an Hallenbädern auf. Dies führt zu längeren Anfahrten im Schulsport zu Lasten der Schwimmzeiten und zu Engpässen bei Schwimmvereinen. Im Schulgesetz wird die AfD einen rechtsverbindlichen Anspruch auf Beförderung

zum schulischen Schwimmunterricht (Schwimmbus) verankern. Den schulischen Schwimmunterricht wollen wir schrittweise von der 3. Klasse auf die 2. Klasse vorziehen. Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen können.

Die Einbindung von Bewegung, Spiel und Sport in den schulischen Ganztag wird die AfD intensivieren. Ziel dabei ist es, dass Sport-AGs im Ganztag an allen Berliner Schulen angeboten werden und bei den angebotenen Sportarten eine große Vielfalt erreicht wird. Für Schüler mit Defiziten in der motorischen Entwicklung schaffen wir einen Sportförderunterricht.

GESUNDHEIT



EIN FUNKTIONIERENDES GESUNDHEITSSYSTEM - DIE BASIS FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

Eine leistungsfähige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sowie eine fürsorgliche Pflege sind für die AfD von herausragender Bedeutung. Eigenverantwortung, Prävention, private und staatliche Angebote der Daseinsvorsorge sind die Basis für ein gesundes, langes und selbstbestimmtes Leben. Im bestehenden Gesundheitssystem zeigen sich gravierende Fehlentwicklungen, die wir beheben wollen.

Unsere Forderungen für eine patientenorientierte und leistungsstarke Gesundheitsversorgung:

Sicherung moderner Krankenhäuser

Die Krankenhäuser unserer Stadt sind von Insolvenzen und Schließungen bedroht. Unzureichende staatliche Finanzierung und Vergütung durch Krankenkassen gehen zu Lasten von Investitionen in Gebäude und moderne Technik sowie zu Lasten des Personals. Der bestehende Fachkräftemangel wird dadurch noch verstärkt.

Die unzureichenden Investitionskostenzuschüsse müssen dem tatsächlichen Bedarf angepasst und deutlich erhöht werden. Die Schere zwischen stagnierenden Einnahmen und steigenden Ausgaben muss endlich geschlossen werden. Die Abrechnung nach Fallpauschalen ist durch ein leistungsgerechtes, bürokratiearmes System zu ersetzen. Jeder Patient möchte nach seinen spezifischen Bedürfnissen behandelt werden. In Berlin sind Vergütungsvereinbarungen zwischen den jeweiligen Krankenhäusern und den Sozialleistungsträgern zu schließen. In diese Vereinbarungen müssen der Behandlungsbedarf, Spezialisierungen und wirtschaftliche Kennzahlen einfließen. Die Arbeitsverdichtung und die hohe Belastung des Personals in unseren Krankenhäusern müssen durch standardisierte Arbeitsprozesse und Digitalisierung reduziert werden. Dabei darf die Digitalisierung nicht länger einer überbordenden Dokumentationspflicht und einem Kontrollwahn dienen. Sie muss stattdessen Freiräume schaffen, die Ärzte und Pfleger für die Arbeit mit ihren Patienten benötigen. Wir fordern flächendeckende Klinikkapazitäten für die stationäre und ambulante Betreuung insbesondere für Säuglinge und Kleinkinder.

Termin beim Arzt? – Ambulante Versorgung verbessern

Viele Praxen nehmen keine Patienten mehr an. Die Wartezeiten, besonders auf einen Facharzttermin, steigen immer weiter. Zudem belasten bürokratische staatliche Vorgaben und der Fachkräftemangel die Existenz von Praxen. Immer weniger angehende Ärzte sind noch zu einer Selbständigkeit bereit.

Der Zwang, beim Überschreiten des Budgets Behandlungen ohne Vergütungsanspruch zu erbringen, muss beendet werden. Den Bestand wohnortnaher Praxen jeglicher Fachrichtungen sichern wir nur durch eine gerechte Einzelleistungsvergütung erbrachter sinnvoller Leistungen. Um eine gleichmäßige Verteilung der Arztpraxen zu gewährleisten, sind in Berlin wieder an den Stadtbezirken ausgerichtete Zulassungsbereiche einzurichten.

Die AfD setzt sich für die Schaffung einer KV-Notdienstpraxis pro Bezirk ein, um eine angemessene ambulante Versorgung für akute aber nicht potentiell lebensbedrohliche Erkrankungsfälle zu gewährleisten und damit gleichzeitig die Rettungsstellen der Krankenhäuser zu entlasten. Langen Wartezeiten auf einen Arzttermin begegnen wir zudem mit einem Mehr an Studienplätzen. Zuletzt wurden sie bei der Charité reduziert. Das halten wir für falsch.

Statt Abwerbungen von Medizinern im Ausland wollen wir das Studienplatzangebot für Ärzte und Apotheker hier forcieren.

Eine Einschränkung der Therapiefreiheit, z. B. durch die Festlegung einer Impfquote für Ärzte, lehnen wir entschieden ab.

Arzneimittelversorgung gewährleisten

Apotheken stehen vielerorts vor dem Aus. Nachwuchs ist nicht in ausreichender Zahl in Sicht. Kaum noch überschaubare Abrechnungsmodalitäten gefährden die wirtschaftlichen Grundlagen der Apotheke im Kiez. Viele Patienten bekommen durch Engpässe ihre notwendigen Medikamente nicht rechtzeitig. Zudem gräbt der Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten den Apotheken das Wasser ab.

Wir wollen eine weitgehende Rückverlagerung der pharmazeutischen Produktion nach Deutschland und in sichere Herkunftsländer. So stellen wir uns unabhängiger auf und sorgen für Versorgungssicherheit und Qualität. Der Arzneimittelgroßhandel muss verpflichtet werden, min-

destens die Menge der durchschnittlichen Zwei-Monats-Bedarfe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln vorzuhalten. Das Abrechnungssystem werden wir entbürokratisieren und vereinfachen. Die Vergütung muss auch dem zunehmenden Beratungsbedarf der Patienten Rechnung tragen und eine auskömmliche, zukunftsichere Entwicklung der Apotheken ermöglichen.

Vorfahrt für die Pflege zu Hause

Aufgrund der demographischen Entwicklung steigt die Zahl der Pflegebedürftigen stetig. Die Pflege durch Angehörige und Zugehörige stellt das Rückgrat der Fürsorge im Alter dar. Viele pflegebedürftige Menschen wünschen sich eine Pflege in vertrauter Umgebung. Die aktuelle Höhe des Pflegegeldes hält mit den inflationsbedingten Ausgaben nicht mit. Entlastungsangebote für pflegende Angehörige sind unübersichtlich.

Wir wollen das Pflegegeld für Angehörige und Zugehörige an die Vergütung der ambulanten Pflegedienste angleichen. Die Inflation der letzten Jahre muss zu einer Erhöhung des Pflegegeldes um 23 % führen. Die Möglichkeiten der Entlastungspflege werden wir leicht verständlich und transparent darstellen, um den Zugang zur Hilfe zu erleichtern. Pflegediensten ist zukünftig spätestens innerhalb eines Monats nach Beantragung einer Hilfe zur Pflege bei den Sozialämtern für Anspruchsberechtigte eine Zu- oder Absage der Kostenübernahme zu übermitteln. Die Sozialämter sind dafür zu ertüchtigen. So kann die Voraussetzung für leistungsfähige Pflegedienste auf eine zumutbare wirtschaftliche Basis gestellt werden. Insgesamt werden durch unsere geplanten Maßnahmen Pflegebedürftige, pflegende Angehörige, Zugehörige sowie die Pflegekräfte von ambulanten Diensten stärker gewürdigt.

Stationäre Pflege auf eine finanziell tragfähige Basis stellen

Manchmal ist die Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung unvermeidbar. Plätze sind rar. Die Eigenanteile und die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen stetig.

Analog den staatlichen Zuschüssen in anderen Bundesländern für neu geschaffene Pflegeheime wollen wir jeden neugeschaffenen Platz, der modernen Anforderungen genügt, mit 40.000 Euro bezuschussen. Zudem werden wir den Investitionskostenzuschuss des Landes Berlin pro zu pflegende Person und Monat auf 300 Euro erhöhen. Dies dient der Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Familien. So entstehen neue attraktive Angebote in einer älter werdenden Gesellschaft.

Entbürokratisierung des Gesundheitswesens

Die Bürokratie hat absurde Ausmaße erreicht. Sie hält immer mehr von der Behandlung ab und verursacht erhebliche Kosten. Sie ist die Folge eines übertriebenen Sicherheits- und Kontrollbedürfnisses. Aufwand und Nutzen stehen in keinem akzeptablen Verhältnis. All dies ist Ausdruck eines Misstrauens der Politik gegenüber Leistungserbringern und Patienten. Die AfD setzt auf Vertrauenskultur, Eigenverantwortung und eine schlanke Verwaltung.

Corona aufarbeiten

Die Coronamaßnahmen haben den Menschen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Die viel zu späten Veröffentlichungen der Protokolle des Robert-Koch-Institutes deuten in Teilen auf vorsätzlich falsche Maßnahmen hin. Sie wurden häufig gegen den Rat von Wissenschaftlern durchgeführt. Menschen wurden zur Impfung verleitet und genötigt, obwohl die Impfstoffe nur in einem Schnelldurchlauf mit zweifelhaften Resultaten zugelassen wurden.

Die Coronazeit muss aufgearbeitet werden. Die Entscheidungsträger sind zur Verantwortung zu ziehen. Zu Unrecht verurteilte Gegner der Coronamaßnahmen müssen vollständig rehabilitiert werden. Die im Zusammenhang mit der sogenannten Coronakrise erlassenen Gesetze und Richtlinien sind zu überprüfen, ggf. zu streichen und in einen realitätsnahen Katastrophenplan aufzunehmen. Wir lehnen eine Impfpflicht ab. Die körperliche Unversehrtheit und die Eigenverantwortung des Einzelnen haben für uns oberste Priorität. Das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht darf nicht angetastet werden. Eine Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen, die eine Impfung ablehnen, darf es nicht geben.

Die Rolle der WHO in der Coronazeit sehen wir sehr kritisch. Sie hat die in weiten Teilen falschen und unverhältnismäßigen Maßnahmen mit zu verantworten. Ihre inzwischen noch verstärkte Einflussnahme auf unser Gesundheitswesen mit Durchgriffsrechten auf jeden Bürger lehnen wir ab. Das gilt auch für entsprechende Bestrebungen der EU. Wir wollen die nationale Souveränität für unser Gesundheitswesen wiederherstellen. ***Denn wir wissen am besten, was gut für uns ist!***

Patientendaten sind Privatsache

Für die elektronische Patientenakte ist kein ausreichender Datenschutz gewährleistet. Die Umsetzung und die Nutzbarkeit weisen Mängel auf.

Die Digitalisierung in medizinischen Einrichtungen kann Erleichterungen bringen. Der Bedarf an medizinischen Daten zur Vermeidung von Doppeluntersuchungen und für die Forschung ist groß. Jedoch die Gefahr, ein „gläserner Patient“ zu werden, ist es auch. Der Patient muss Herr über seine Daten sein und frei entscheiden dürfen, ob und wem seine Daten übermittelt werden. Eine zentrale Datenbank lehnen wir ab. Stattdessen befürworten wir die Speicherung eines Notfalldatensatzes und einer Patientenverfügung auf der Versichertenkarte.

Uneingeschränkt deutsche Standards für Personal aus dem Ausland

Die demografische Krise fehlender Geburten und zunehmend älterer Menschen bedingt einen spürbaren Fachkräftemangel.

Um eine anhaltend hohe Qualität medizinischer und pflegerischer Betreuung wie auch eine verständliche Kommunikation zwischen allen Beteiligten sicherzustellen, sind unsere deutschen Standards unabdingbar. Dies betrifft nicht nur vergleichbare Qualifikationen, sondern auch ein hohes sprachliches Verständigungsniveau und die Fähigkeit zur Integration in Beruf und Gesellschaft.

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst für das Wesentliche fit machen

Die Gesundheitsämter stehen aufgrund zunehmender Personalnot und einer Überfrachtung mit Aufgaben vor dem Kollaps. Das sogenannte Muster-Gesundheitsamt geht an den Möglichkeiten der Ämter und dem tatsächlichen Bedarf vorbei.

Es muss eine Fokussierung auf erfüllbare Aufgaben erfolgen. Prioritäten müssen Leistungen sein, die primär der Allgemeinheit dienen und durch den einzelnen Bürger eigenverantwortlich nicht zu erbringen sind. Diese sind der Katastrophenschutz, die Seuchenbekämpfung, der Sozialpsychiatrische Dienst sowie die Kontrolle der Lebensmittel- und Wasserhygiene.

DEMOKRATIE & RECHTS- STAATLICHKEIT





Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

STÄRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG DURCH MEHR DIREKTE DEMOKRATIE

Die AfD steht für Selbstbestimmung, Heimatliebe und die Belebung der demokratischen Traditionen in Deutschland. Statt den Bürgern immer weniger zuzutrauen und sie nach einer Abgeordnetenhauswahl für fünf Jahre ruhig zu stellen, werden wir dafür sorgen, dass die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger auf die Politik durch Instrumente der direkten Demokratie ausgeweitet werden. Darüber hinaus wollen wir dem Wunsch der Berliner Rechnung tragen, den Regierenden Bürgermeister – wie in anderen Großstädten auch – direkt wählen zu können.

Unsere Forderungen für eine lebendige Demokratie:

Mehr Demokratie wagen – Volkseinwand ermöglichen

Die Stärkung der direkten Demokratie ist uns ein Herzensanliegen. Wir wollen die bestehenden Instrumente der Volksgesetzgebung behutsam erweitern. Deshalb schlagen wir vor, dass, wie in anderen Bundesländern auch, jede vom Abgeordnetenhaus beschlossene Verfassungsänderung dem Volk im Rahmen einer Volksabstimmung zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden muss. Auf diese Weise erhalten die Berliner das letzte Wort bei allen grundlegenden politischen Weichenstellungen in unserer Stadt.

Darüber hinaus fordern wir eine Ergänzung der Instrumente der Berliner Volksgesetzgebung um die Möglichkeit fakultativer Referenden im Rahmen eines sogenannten Volkseinwands. Wie in der Schweiz soll es auch in Berlin möglich sein, Gesetze des Abgeordnetenhauses innerhalb einer bestimmten Frist durch einen Volkseinwand wieder aufheben zu lassen. Daher schlagen wir vor, dass es zu einem Volksentscheid über ein durch das Abgeordnetenhaus verabschiedetes Gesetz kommen soll, wenn in einer Frist von 100 Tagen nach Verabschiedung des Gesetzes durch das Abgeordnetenhaus die Hälfte der Zahl der Unterschriften, die für die Einleitung eines Volksentscheids im Rahmen eines Volksbegehrens erforderlich sind, für den Volkseinwand zustande kommt. Die Quoren für den Volksentscheid im Rahmen des Volkseinwands sollen dann ebenfalls halb so hoch sein wie bei einem Volksentscheid im Rahmen eines

Volksbegehrens. Auf diese Weise erhalten die Berliner die Möglichkeit, strittige Gesetze auf direktdemokratischem Wege zu stoppen. Wird das Quorum nicht erreicht, tritt das Gesetz wie vom Abgeordnetenhaus beschlossen in Kraft. Das Haushaltsgesetz soll keinem Volkseinwand unterworfen werden können, da das Haushaltsrecht zu den ureigensten Parlamentsrechten gehört.

Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters

Dem Wunsch vieler Bürger entsprechend setzen wir uns für die Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters ein. Wie in anderen Großstädten auch sollen die Berliner direkt über ihr Stadtoberhaupt entscheiden können. Die Wahl des Regierenden Bürgermeisters soll dabei zeitgleich mit der Abgeordnetenhauswahl stattfinden. Erzielt keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, findet 14 Tage später eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten statt. Wird das Abgeordnetenhaus vorzeitig aufgelöst oder die Wahl wiederholt, findet zeitgleich eine Neuwahl des Regierenden Bürgermeisters statt. Das Abgeordnetenhaus kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder eine Neuwahl des Regierenden Bürgermeisters ansetzen. Die Amtsdauer des Regierenden Bürgermeisters endet in jedem Fall mit dem Ende der Legislaturperiode und der Wahl eines neuen Regierenden Bürgermeisters.

Direktwahl der Bezirksbürgermeister und Stärkung der Bezirke

Wie der Regierende Bürgermeister sollen auch die Bezirksbürgermeister am Tag der Wahlen für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen durch die Wähler in den jeweiligen Bezirken direkt gewählt werden. Erzielt keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, findet 14 Tage später eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten statt. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der Rechtsstellung der Bezirke etwa durch eigene Einnahmequellen und ein eigenes Klagerecht ein. Das reine Prinzip der Globalsummenzuweisung führt zu Abhängigkeit und Unselbständigkeit der Bezirke.

Doppelmandate und Parité-Gesetz verhindern

Mitglieder des Abgeordnetenhauses sollen nicht gleichzeitig Mitglied im Bundestag oder im Europaparlament sein dürfen. Sie sollen sich nach der Wahl für ein Parlament entscheiden müssen. Außerdem fordern wir die Trennung von Amt und Mandat. Kein Abgeordneter darf gleichzeitig Mitglied der Regierung sein.

Eine Verfassungsänderung, welche die Parteien zur paritätischen Auf-

stellung von Männern und Frauen bei ihren Wahlvorschlägen verpflichten würde, lehnen wir ab. Die Freiheit der Wahl und die Freiheit jeder Partei, nach eigenem Ermessen Frauen oder Männer aufzustellen, darf nicht angetastet werden.

Corona-Untersuchungsausschuss einsetzen und Corona-Amnestie durchsetzen

Noch immer laufen Strafverfahren gegen hunderte Ärzte, die während der Coronazeit ihrem Gewissen gefolgt sind und sich den staatlichen Maßnahmen verweigert haben. Andere sind verurteilt und sitzen teilweise in Haft oder haben ihre Zulassung bzw. Approbation verloren. Teilnehmer von Demonstrationen sind zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die AfD fordert die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses „Corona“ im Abgeordnetenhaus. Die Vorgänge um ungesetzliche Handlungen der Behörden sind aufzuklären und gegebenenfalls zu ahnden. Außerdem wollen wir eine Bundesratsinitiative für eine Amnestie wegen aller Verurteilungen im Zusammenhang mit Coronamaßnahmen auf den Weg bringen.

Steuermittel für linksradikale NGOs streichen und Meldestellen-Unwesen beenden

Berlin vergibt jedes Jahr hohe Summen an linksradikale NGOs und Vereine, die eine fragwürdige ideologische Agenda betreiben und bürgerlichen Patriotismus verunglimpfen. Damit muss endlich Schluss sein. Wir werden Sorge dafür tragen, dass solche Organisationen sich künftig ausschließlich durch private Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren.

Außerdem finanziert Berlin Meldestellen wie das Berliner Register oder CLAIM, die in einem rechtlichen Graubereich operieren und oftmals unbestätigte Meldungen und Meinungsäußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu einem politisch einseitig gefärbten Meinungsbild verdichten. Dies führt zu einer Verzerrung der öffentlichen Wahrnehmung, zu systematischer Einschüchterung und zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit. Deswegen werden wir die öffentliche Förderung des Meldestellen-Unwesens beenden, so dass sich auch diese Organisationen zukünftig ausschließlich privat finanzieren müssen.

NATUR &

UMWELT



BERLIN – UNSERE HEIMAT, UNSERE UMWELT

Unsere Umwelt ist Teil unserer Berliner Heimat und macht das Leben in der Stadt lebenswert und lebendig. Grünflächen, Wälder, Flüsse und Gewässer sind Orte der Erholung, des Staunens und der Begegnung mit der Natur. Umwelt- und Naturschutz bedeutet für uns praktisches Handeln statt ideologischer Verbote. Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen, Ausgleich zu schaffen und Natur im Einklang mit der Stadt und ihren Menschen zu nutzen. Jeder kann seinen Beitrag leisten, sei es im eigenen Garten, beim Pflegen von Grünflächen im Wohnumfeld oder durch das bewusste Nutzen und Schützen öffentlicher Räume. Auch kleine Handlungen zählen: Müll vermeiden, Bäume und Pflanzen achten, Wasser sparen und sich aktiv für die Nachbarschaft engagieren.

Wir setzen auf Eigenverantwortung, naturnahe Nutzung und technische Lösungen, die wirkungsvoll, umsetzbar und bürgernah sind. So schützen wir die Heimat, sichern Lebensqualität und bewahren unsere Natur für kommende Generationen. Unser Ziel ist eine grüne, saubere und lebendige Stadt, auf die wir stolz sein können.

Unsere Forderungen für eine lebenswerte und naturverbundene Stadt:

Stadtgrün und Erholung sichern

– Windräder in Berliner Wäldern verhindern

Berlin lebt von seinen Parks, Kleingärten und Wäldern. Sie sind die grünen Lungen der Stadt und wichtige Orte der Erholung. Viele Anlagen sind jedoch ungepflegt, weil der Senat die Grünflächenämter seit Jahren kaputt-gespart hat. Unter unserer Regierungsverantwortung wird die Pflege von Grünflächen wieder Vorrang haben. Wir stellen sicher, dass die Bezirke ausreichende Mittel, qualifiziertes Personal und klare Pflegekonzepte erhalten, die auch tatsächlich umgesetzt werden.

Immer wieder werden Straßenbäume gefällt, ohne dass ein gleichwertiger Ersatz erfolgt. Künftig muss gelten: Jeder in Berlin gefällte Baum wird nachgepflanzt. Wir werden die Nachpflanzpflicht konsequenter durchsetzen und durch transparente Baumbilanzen kontrollieren.

Auch die Berliner Wälder leiden unter politischen Versäumnissen. Nutzungsdruck, Versiegelung und mangelnde Pflege gefährden ihre Funktion als Naherholungsgebiete. Wir werden die Wälder langfristig erhalten und im Sinne einer naturgemäßen Waldwirtschaft pflegen und entwickeln. Völlig in die falsche Richtung geht der Plan, Windräder in Berliner Wäldern zu errichten. Damit werden Natur, Erholungsräume und das Stadtbild zerstört. Unter unserer Regierungsverantwortung wird es keine Windräder im Wald geben. Das Flächenziel von 0,5 % für Windkraft in Berlin lehnen wir strikt ab. Berlin darf nicht länger durch Bundesgesetze gezwungen werden, Windräder in seinen Wäldern aufzustellen.

Flächenverbrauch stoppen – naturnahe Räume erhalten

Berlin ist eine wachsende Stadt, doch jede neue Versiegelung von Boden kostet Lebensraum für Pflanzen, Tiere und Erholung. Der Senat hat bisher zu wenig unternommen, um wertvolle Flächen zu schützen, und erlaubt weiterhin zu viel Neubau in ökologisch sensiblen Gebieten. Unter unserer Regierungsverantwortung wird sich das ändern.

Wir wollen den Flächenverbrauch konsequent reduzieren und naturnahe Flächen bewahren. Sowohl ungenutzte Naturflächen als auch teilweise versiegelte Flächen müssen gezielt erfasst werden. Manche Flächen können sinnvoll bebaut werden, andere sollen durch Entsiegelung wieder naturnah hergestellt werden, damit Regenwasser versickern kann und städtische Lebensräume ökologisch aufgewertet werden.

Neue Bauprojekte dürfen nicht auf bisherigen Grün-, Wald- oder Wasserflächen entstehen. Der Senat hat hier falsche Prioritäten gesetzt. Wir setzen dagegen auf Flächensparprogramme und verpflichtende Entsiegelung, wo dies sinnvoll und mit geringem Aufwand möglich ist. Private Eigentümer sollen gezielt Anreize erhalten, ihre Flächen teilweise zu entsiegeln. Dazu gehört zum Beispiel der Einbau von Regenwasserauffangtanks, die das Wasser für Toilettenspülungen oder für die Bewässerung von Gärten und Stadtgrün nutzbar machen. So lassen sich naturnahe Lebensräume erhalten und wiederherstellen, ohne die Nutzung von Grundstücken unverhältnismäßig einzuschränken.

Sauberes Wasser für Berlin

Sauberes Trinkwasser ist ein zentrales Gut für die Stadt, doch Berlin steht hier vor schwierigen Herausforderungen. Alte Belastungen, neue Schadstoffe und fehlende naturnahe Uferbereiche gefährden die Qualität von Flüssen, Seen und Bächen. Der Senat hat es bisher versäumt, diese Pro-

bleme konsequent anzugehen. Unter unserer Regierungsverantwortung wird sich das ändern.

Wir setzen uns dafür ein, dass Trinkwasser und Gewässer umfassend geschützt und ökologisch aufgewertet werden. Die Trinkwasseraufbereitung muss modernisiert und auf zusätzliche Quellen ausgerichtet werden. Dazu gehören der Schutz und die Pflege von Quellgebieten, Kleingewässern, Seen, Flüssen und Bächen. Moderne Kläranlagen mit einer 4. Reinigungsstufe sollen Schadstoffe wie Medikamenten- und Hormonrückstände zuverlässig entfernen.

Die Abwasser- und Regenwassersysteme müssen langfristig auf ein Trennsystem umgestellt werden, damit Regen- und Abwasser getrennt fließen. Gleichzeitig werden die Leitungen sukzessive erneuert, um Qualität und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Umwelt- und wasserbelastende Stoffe wie Schwermetalle, Elektroschrott und sogenannte Ewigkeitschemikalien sollen vermieden und entfernt werden.

Auch mögliche längere Trockenperioden oder extreme Niederschläge erfordern vorsorgende Planung, damit die Berliner Wasserversorgung zuverlässig bleibt. Zusätzlich setzen wir auf die Renaturierung von Uferzonen und die Entwicklung neuer Wasserversorgungsquellen, um auf veränderte Zuflüsse aus der Spree vorbereitet zu sein. So stellen wir sicher, dass Berlin auf alle Szenarien vorbereitet ist und auch in Zukunft über sauberes Wasser verfügt, das allen Bürgern in hoher Qualität zur Verfügung steht.

Artenvielfalt erhalten – invasive Arten regulieren

Berlin steht vor einer wachsenden Herausforderung durch invasive Tier- und Pflanzenarten. Diese Arten verdrängen einheimische Tiere, schädigen Ökosysteme und können zu regelrechten Plagen werden. Der Senat hat bisher versäumt, diese Entwicklungen wirksam zu kontrollieren und die Artenvielfalt zu schützen. Unter unserer Regierungsverantwortung wird dies konsequent angegangen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass invasive Arten frühzeitig identifiziert und wirksam zurückgedrängt werden. Dafür muss qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl angeworben, ausgebildet und gezielt eingesetzt werden. Ursprünglich nichtheimische Arten wie die Chinesische Wollhandkrabbe, der Rote Amerikanische Sumpfkrebs, der Waschbär oder der Marderhund sollen fachgerecht und wirksam kontrolliert werden. Auch

stark verbreitete Arten wie die Wanderratte müssen gezielt reguliert werden, um Schäden an Ökosystemen und der städtischen Infrastruktur zu begrenzen.

Darüber hinaus fordern wir eine Neubewertung ehemals gefährdeter, mittlerweile aber massiv verbreiteter Arten wie der Nebelkrähe. Diese Art hat durch aggressives Verhalten andere Vogelarten wie die Dohle oder Saatkrähe weitgehend verdrängt. Der Senat hat bisher keine tragfähige Strategie entwickelt. Unter unserer Verantwortung wird ihr Bestand dort, wo es ökologisch notwendig ist, tier- und artgerecht reduziert. Nicht lethale Maßnahmen zur Kontrolle invasiver Arten sollen dabei stets berücksichtigt werden. So schützen wir die einheimische Artenvielfalt, erhalten naturnahe Lebensräume und sorgen dafür, dass Berlin ökologisch widerstandsfähig bleibt.

Auch wollen wir die Artenkenntnis und das praktische Monitoring der Berliner Stadtnatur durch ehrenamtlich tätige Bürger und Fachgesellschaften stärken. Viele wertvolle Daten zu Pflanzen und Tieren kommen aus dem Engagement von Berlinern vor Ort – nicht aus Behördenapparaten. Wir fördern Netzwerke wie das Berliner Netzwerk für Artenkenntnis (BerNA), erleichtern die Kartierung durch Ausnahmegenehmigungen und Betreuungserlaubnisse für Schutzgebiete durch Ehrenamtliche und sichern so die Weiterführung bewährter Programme. Diese Daten müssen dem echten Schutz naturnaher Räume dienen, nicht der Erfüllung ideologischer Berichtspflichten oder der Vorbereitung neuer Verbote. Bürokratische Hürden für Bürger und Experten müssen abgebaut werden, damit mehr Wissen über unsere Heimat entsteht und so zum konkreten Artenschutz genutzt werden kann.

Tierschutz in Berlin stärken

Tierschutz ist eine öffentliche Aufgabe. Berlin wird dieser Aufgabe derzeit nicht gerecht. Das Tierheim Berlin in Hohenschönhausen wird ehrenamtlich vom Tierschutzverein für Berlin und Umgebung Corporation e. V. betrieben und ist chronisch überfüllt. Die Veterinärämter der Bezirke sind personell unterbesetzt und können ihre Aufgaben in Tierschutz, Tierseuchenüberwachung und Lebensmittelhygiene nur unzureichend wahrnehmen. Der illegale Welpenhandel wird in zwölf voneinander getrennten Bezirksstrukturen verfolgt und kann bezirksübergreifende Täterkreise nicht wirksam erfassen. Wir wollen den Tierschutz in Berlin als öffentliche Aufgabe institutionell aufwerten und mit klaren Maßnahmen unterlegen.

Die AfD fordert:

- Die Abschaffung der Hundesteuer.
- Die Schaffung eines zweiten, landeseigenen Tierheims.
- Einen Landeszuschuss für die Energiekosten des Tierheims Berlin.
- Die Personalaufstockung der Veterinärämter.
- Die Zentralisierung der Bekämpfung des illegalen Welpenhandels.
- Die Umwandlung der Stelle der Tierschutzbeauftragten in ein vom Senat unabhängiges Ehrenamt.

Saubere und lebenswerte Stadt

Berlin leidet unter zunehmender Vermüllung, Graffiti und Verwahrlosung in Parks, Grünanlagen und öffentlichen Bereichen. Was viele als harmloses oder gar charmantes „Schmuddel-Image“ abtun, ist in Wahrheit der Ausdruck eines alarmierenden Zustands: immer weiter um sich greifende Verwahrlosung, wachsende Gleichgültigkeit und das bedrückende Gefühl, dass niemand mehr ernsthaft für Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit einsteht. Der Senat hat bisher zu wenig dagegen unternommen oder ist sogar Treiber dieser Entwicklungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ordnungsämter rund um die Uhr aktiv sind und Verursacher konsequent ahnden. Mobile Einsatzteams beseitigen illegalen Müll, Graffiti und andere Verwahrlosungen. Autowracks müssen für die Verursacher teurer werden und schneller entfernt werden. Obdachlosencamps sollen nach klaren Regeln entfernt werden. Videoüberwachung an bekannten Müll-Hotspots kann gezielt eingesetzt werden. Überall werden ausreichend Abfallbehälter bereitgestellt. Die Infrastruktur zur schnellen Müllbeseitigung wird funktional unterstützt durch Müll-Sheriffs und Waste-Watcher.

Um langfristig Wirkung zu erzielen, wird die Umweltbildung in Schulen intensiviert. Gleichzeitig wollen wir bürgerschaftliches Engagement stärken: durch Patenschaftsmodelle, lokale Initiativen und die aktive Pflege des öffentlichen Raums. Wer mitmacht, soll nicht nur mithelfen, sondern auch mitgestalten dürfen. Arbeitsfähige und nicht erwerbstätige Flüchtlinge sollen aktiv in die Müllbeseitigung einbezogen werden.

Die AfD fordert:

- Die Ordnungsämter müssen rund um die Uhr aktiv sein, um eine konsequente Ahndung von Verursachern zu ermöglichen.
- Videoüberwachung an Müll-Hotspots.
- Eine Kombination aus mobilen Einsatzteams, Müll-Sheriffs und

Waste-Watchern zur schnellen Beseitigung von Müll, Graffiti und Verwahrlosung.

- Die schnelle Beseitigung von Autowracks und Obdachlosencamps.
- Ausreichende Abfallbehälter und eine funktionierende Müll-Infrastruktur, auch durch den Ausbau und die Weiterentwicklung der bestehenden BSR-Recyclinghöfe.
- Die Einbindung von Bürgern und Bildungseinrichtungen in Umwelt- und Sauberkeitsmaßnahmen.

Reform des Berliner Winterdienstes

Der Berliner Winterdienst muss endlich die Sicherheit von Fußgängern, insbesondere älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen, priorisieren. In extremen Glätte- und Eisregenlagen darf der zeitlich und räumlich begrenzte Einsatz von Streusalz auf Gehwegen nicht länger aus ideologischen Gründen verboten oder durch komplizierte Verfahren verzögert werden. Wir werden das Berliner Straßenreinigungsgesetz in diesem Sinne weiter novellieren. Klare, automatische Auslösetatbestände für den Einsatz von Streusalz auf Gehwegen, eine direkte Ermächtigung der BSR und Abbau bürokratischer Hürden stehen dabei im Vordergrund. Die Sicherheit von Fußgängern darf nicht länger von Einzelfall-Ermessen und von ideologischen Restriktionen abhängen.

Gleichzeitig muss ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt umwelt- und tierverträgliche Alternativen erproben, damit langfristig auf moderne, chloridfreie Auftaumittel umgestellt werden kann. Bei Erfolg dieses Pilotprojektes muss der Einsatz umweltfreundlicher Auftaumittel grundsätzlich auch für Privathaushalte gestattet sein.

KUNST, KULTUR, MEDIEN & ERINNERUNGS- POLITIK





Kunst, Kultur, Medien & Erinnerungspolitik

KULTURELLE IDENTITÄT STIFTEN UND KULTURELLES ERBE BEWAHREN

Kultur ist nicht nur Ausdruck menschlicher Schöpferkraft, sondern prägt unser tägliches Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Erben der christlich-abendländischen Kultur sehen wir unseren Auftrag darin, unser kulturelles Erbe zu bewahren und behutsam weiterzuentwickeln. Dazu gehören ein gesunder Patriotismus und ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein. Der mangelnden Wertschätzung, ja Verachtung unserer eigenen Traditionen und Werte treten wir entschieden entgegen. Wir bekennen uns zu unserer deutschen Heimat.

Unsere Forderungen für eine freiheitliche Kunst-, Kultur- und Medienlandschaft:

Unsere identitätsstiftende Muttersprache bewahren und fördern

Die deutsche Sprache ist Voraussetzung, Ergebnis und wesentlicher Bestandteil unserer Kultur; sie zu bewahren, zu pflegen und zu fördern ist vornehmste Aufgabe verantwortungsvoller Kulturpolitik. Denn in unserer Sprache spiegeln sich unsere Geschichte, unsere Traditionen und unsere Identität wider. Die rechtschreibwidrige Gendersprache lehnen wir als politisches Umerziehungsprojekt ab, das darauf abzielt, die natürliche und historisch gewachsene Sprachentwicklung politisch zu manipulieren und einen ideologischen Spaltpilz in die Gesellschaft zu tragen.

Berlin als freiheitliche Kulturhauptstadt

Wir stehen uneingeschränkt für die Freiheit von Kunst und Kultur. Der Bedrohung der künstlerischen Freiheit durch politischen und religiösen Extremismus stellen wir uns entschieden entgegen. Gleichzeitig darf Kunst nicht selbst unter dem Deckmantel der Kunstfreiheit zu Extremismus und Gewalt aufrufen. Die Kulturförderung muss deshalb dazu verpflichtet werden, keine Projekte zu finanzieren, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind oder Antisemitismus Vorschub leisten. Wir treten darüber hinaus dafür ein, dass der Bund mit seinem Hauptstadt Kulturfonds noch stärker in die Finanzierung von kulturellen Institutionen von nationaler Bedeutung in Berlin eingebunden wird.

Kulturgutschutz, Denkmalschutz und Straßennamen

Wir fühlen uns dem vielgestaltigen kulturellen und geschichtlichen Erbe Berlins verpflichtet. Um unser reiches Erbe auch künftigen Generationen zugänglich und erlebbar zu machen, unterstützen wir den Erhalt und die Förderung der breit aufgestellten Berliner Museumslandschaft. Die Bewahrung des kulturellen Erbes ist die erste Pflicht und klassische Kernaufgabe der Kulturpolitik. Um Bestände bewahren, restaurieren und erweitern zu können, muss die auskömmliche Finanzierung der Sammlungs- und Erhaltungsfähigkeit von Archiven und Museen haushaltspolitisch Vorrang gegenüber der Förderung von Kulturschaffenden genießen.

Immer wieder kommt es vor, dass unter Protest von Bürgern historisch und architektonisch wertvolle Gebäude abgerissen werden, weil den Ämtern für Denkmalschutz das Personal zu einer eingehenden Prüfung fehlt. In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Landesdenkmalrats fordert die AfD deshalb eine Erhöhung der Personalstellen im Denkmalschutz.

Die Erhaltung unseres materiellen Kulturguts benötigt traditionelle Handwerker wie Steinmetze, Stuckateure und Restauratoren, die durch moderne Technologien nur schwer ersetzt werden können. Wir möchten, dass Berlin die entsprechenden Ausbildungs- und Vergabestrukturen stärkt und traditionelles Handwerk belebt. Den deutschlandweit einzigartigen Studiengang Konservierung und Restaurierung/Grabungstechnik an der HTW Berlin, dessen Fortexistenz bedroht ist, werden wir dauerhaft sichern. Auch die Jugendbauhütte werden wir stärken.

Angesichts vermehrter Denkmalbeschädigungen und der Schändung wertvoller Kunstwerke fordert die AfD einen besseren Schutz der Zeugnisse unserer Kultur und Geschichte. Sowohl im öffentlichen Raum als auch in den Museen müssen die Sicherheits- und Vorsichtsmaßnahmen verbessert werden. Zu diesem Zweck fordern wir ein Kulturgutschutzgesetz auf Landesebene und eine bessere Regelung von Maßnahmen für Kulturgüter im Katastrophenfall.

Die Namen verdienter Leistungs- und Würdenträger gehören zum gewachsenen Berliner Stadtbild. Eine undifferenziert, ahistorisch und vorwiegend ideologisch begründete Tilgung von Namensgebern für Straßen und Plätze in unseren Bezirken lehnen wir ab. Auch bei Neubenennungen überwiegen oftmals ideologische Erwägungen gegenüber sachlichen Argumenten. Die praktischen Interessen und Auffassungen der Anwohner werden bei den Um- und Neubenennungen dagegen nur selten berück-

sichtigt. Ausschlaggebende Kriterien für die Benennung neuer Straßen und Plätze sollen historische und kulturelle Relevanz, gesellschaftliche Leistung und der Ortsbezug der zu ehrenden Person sein. In der Summe geht es neben der Würdigung verdienstvoller Einzelpersonen auch um die Repräsentation unseres kulturellen Erbes als Ganzes.

Städtebauliche Kulturpolitik

Stadt und Identität sind untrennbar miteinander verwoben. Die AfD fordert eine Erinnerungskultur, die sich nicht in Mahnmalen erschöpft, sondern durch Rückgewinnung verlorener Stadträume Identität stiftet und das historische Berlin wieder erlebbar macht, wo dies möglich ist. Deshalb setzen wir uns für die originalgetreue Rekonstruktion stadtbildprägender Bauwerke ein. Dies betrifft insbesondere die Schinkelsche Bauakademie sowie eine Wiederbebauung der Berliner Altstadt am Molkenmarkt, aber auch die Wiedererrichtung der Berolina. Neptunbrunnen und Rossebändiger müssen wieder ans Schloss zurückversetzt werden, um eine originalgetreue Umgebung zu ermöglichen. Auch die Wiedererrichtung des Lutherdenkmals auf originalgetreuem Sockel und der Statuen der Siegesallee (als Replik) werden wir prüfen. Wir lehnen eine rein funktionale, ahistorische und ideologisch motivierte Stadtplanung ab und fordern, die Kontinuität unserer Geschichte sichtbar zu machen, statt moderne Brüche zu betonen.

Wiederaufbauten sollen dort ermöglicht werden, wo eine belastbare historische Dokumentation vorliegt und ein städtebaulicher Mehrwert erreicht werden kann – etwa an Orten, an denen die Stadt über Jahrzehnte durch Kriegsverluste und Abbrüche städtebaulich beschädigt wurde. Projekte der behutsamen Stadtreparatur können Identität und Orientierung zurückbringen, handwerkliche Kultur stärken, den öffentlichen Raum aufwerten und Geschichte sichtbar machen, ohne sie zu verfälschen. Maßgeblich sind transparente Kriterien, eine nüchterne Abwägung von Kosten und Nutzen sowie die Bindung an das überlieferte Vorbild und die Maßstäblichkeit des Ortes.

Zur Umsetzung bedeutender Kulturbauprojekte setzen wir auf innovative Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle: privates Mäzenatentum und gezielt eingesetzte Spendengelder zur Wiederherstellung historischer Objekte und Kulturgüter. Nach dem Vorbild des Berliner Schlosses wird bürgerschaftliches Engagement so zum Motor der Stadtbildpflege, entlastet den öffentlichen Haushalt und verwirklicht kulturelle Teilhabe als gestalterische Teilhabe.

Staatliche Musik- und Kunstschulen stärker fördern

Die frühzeitig beginnende musikalische und künstlerische Ausbildung von Kindern ist ein wichtiger Bestandteil einer zukunftsfähigen Kulturlandschaft. Gemäß der Forderung des Landesmusikrates und des Runden Tisches Musikalische Bildung werden wir ein Landesprogramm „Musikalische Bildung“ entwickeln und in die Praxis umsetzen. Im Rahmen der Förderung der Kooperation von Schulen und Musikschulen werden wir im Ganztag das Konzept „JeKiMus – jedem Kind seinen Zugang zur Musik“ umsetzen. An den Musikschulen werden wir ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen und die langen Wartelisten abbauen. Zur Konkretisierung des festgelegten Angebotsumfangs der Musikschulen werden wir ein Musikschulgesetz verabschieden und damit die Rahmenbedingungen für den Musikschulunterricht, vor allem im Hinblick auf die Raumsituation, verbessern.

Die AfD fordert eine Erhöhung der Festanstellungsquote an Musikschulen von derzeit 24 % auf mindestens 80 % wie im Bundesdurchschnitt. Bestehende Honorarverträge müssen rechtssicher in Arbeitsverträge übergeleitet werden. Bei der Umwandlung von Honorarverträgen in Personalarstellen müssen die jetzigen Honorarlehrkräfte vorrangig berücksichtigt werden. Dabei dürfen bei der Überleitung eines Honorarvertrages in ein Arbeitsverhältnis keine sachgrundlosen Befristungen erfolgen. Bei der Einstufung ist die Erfahrung als Honorarkraft zu berücksichtigen. Um die Ausbildung von Musikschullehrkräften zu sichern, wollen wir in Abstimmung mit den Musikhochschulen die studienvorbereitende Ausbildung (SVA) stärken.

Kulturelle Leuchttürme und Breitenkultur

Neben unseren kulturellen Leuchttürmen wie den Opernhäusern darf die Breitenkultur nicht aus dem Blick geraten. Insbesondere wollen wir die Kulturarbeit in den Außenbezirken verbessern. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Bereitstellung von Räumlichkeiten. Dabei soll kulturelle Teilhabe auf die gestalterische Selbständigkeit der Menschen zielen und nicht bloß den Kulturkonsum fördern. Unser Ziel ist die Förderung der unterschiedlichen künstlerisch-ästhetischen Fähigkeiten breiter Bevölkerungsgruppen.

Durch kulturelle Bildung in den frühen Jahren wollen wir junge Menschen zu den Kunstfreunden und Kulturliebhabern von morgen heranbilden. Bei kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche – vom Kindertheater bis zur Jugendkunstschule – darf nicht gespart werden.

Kulturpolitik und Kulturförderung

Neben der Förderung der Breitenkultur ist es ebenso Aufgabe der Kulturpolitik, bedeutende hochkulturelle Einrichtungen, die nicht am Markt bestehen könnten, zu fördern. Denn Kunst und Kultur dürfen nicht zum Privileg einiger weniger werden.

Dabei wollen wir darauf hinwirken, die Leitlinien der öffentlichen Kulturförderung so zu definieren, dass sich Erfolge deutlicher im Budget abbilden. Die politische Gesinnung darf kein Kriterium bei der Bewilligung von Förderanträgen sein.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Um das enorme Potential der Kultur- und Kreativwirtschaft besser ausschöpfen zu können, wollen wir gezielt innovative Finanzierungsformen wie Wagniskapital und Mikrokredite einsetzen sowie Beratungsangebote zu Unternehmensgründung und Selbständigkeit im Kreativsektor ausbauen. Bei der Stärkung und Qualifizierung des Arbeitskräftepotentials der Kultur- und Kreativwirtschaft setzen wir auf ein hochwertiges Ausbildungsangebot an den Kunsthochschulen.

Kunstmesse in Berlin

Berlin ist Kunstmetropole, aber keine verlässliche Messestadt für Kunst. Bedeutende Formate wanderten ab oder scheiterten. Künstler und Galerien brauchen einen stabilen Marktplatz mit internationaler Sichtbarkeit. Die AfD will deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, das Berlin dauerhaft über eine international konkurrenzfähige Kunstmesse verfügt.

Rundfunkstaatsvertrag kündigen und Zwangsgebühr abschaffen

Wir fordern die Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages sowie die Befreiung aller Bürger von Zwangsgebühren. Die öffentlich-rechtlichen Sender müssen sich künftig durch freiwillige Beiträge nach dem Pay-per-View-Prinzip oder einem Abo-System finanzieren. Sollte ein staatlicher „Grundfunk“ mit einer Fernseh- und Rundfunkgrundversorgung gebildet werden, hat sich dieser an eine sachliche, ausgewogene Berichterstattung zu halten. Um dies zu erreichen, müssen neue Strukturen gebildet werden, da sich das aktuelle System nicht bewährt hat.

Meinungsfreiheit im Internet und in den sozialen Medien verteidigen

Die AfD kämpft entschieden für die Rundfunk-, Presse- und Meinungsfreiheit. Staatliche Stellen und mit Steuergeldern finanzierte Einrichtungen dürfen Bürger in sozialen Netzwerken nicht wegen unliebsamer

Meinungsäußerungen blockieren und dadurch von Debatten ausschließen. Wir verteidigen die Freiheit der Meinungsäußerung auf allen Ebenen und lehnen Zensurbestrebungen gegenüber unabhängigen Medien kategorisch ab. Auch darf der Staat von erfolgreichen Internetunternehmen keine Lizenzen verlangen, wie es der Medienstaatsvertrag vorschreibt. Die Landesmedienanstalten sollen sich auf ihre Kernaufgaben beschränken, insbesondere auf die Vergabe von Frequenzen und den Jugendschutz.

KI und Kultur

Der Einsatz von KI in Kunst und Kultur birgt sowohl Chancen als auch Risiken. Künstler, die primär ohne KI arbeiten, müssen Schutz erfahren gegen Plagiate und andere Nebenprodukte einer ungewollten KI-Verwertung. Menschengemachte Kunst kann von KI profitieren, sollte von ihr jedoch nicht ersetzt werden. Die Nutzung von KI-generierten Bildern und Videomaterial ohne deutliche Kennzeichnungen lehnen wir ab. Wo Kunst- und Medienprojekte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, muss der Einsatz künstlicher Intelligenz transparent gemacht werden.

Erinnerungspolitik

Berlin ist ein Ort voller Geschichte. Nicht nur im Zentrum, auch in den Außenbezirken stoßen wir überall auf historische Zeugnisse. Sie belegen den Reichtum der deutschen und der Berliner Geschichte, geben aber auch Aufschluss über Scheitern und Verbrechen vorangegangener Generationen. Eine verantwortungsvolle Erinnerungspolitik hat die Aufgabe, die historischen Erfahrungen Deutschlands vollständig und differenziert abzubilden. Dazu gehört die Erinnerung an die tragenden Säulen und Leistungen der deutschen Geschichte ebenso wie die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der kommunistischen Diktatur.

Berlin hat wie keine andere Stadt unter Mauer und Stacheldraht gelitten. Deswegen ist uns die Aufarbeitung des SED-Unrechts ein besonderes Anliegen. Wir setzen und dafür ein, dass das ehemalige Polizeigeängnis in der Keibelstraße zügig zu einem weiteren zentralen Erinnerungsort ausgebaut wird, ergänzend zur Gedenkstätte Hohenschönhausen und zum „Campus für Demokratie“, dem ehemaligen Stasi-Gelände zwischen Frankfurter Allee und Normannenstraße. Wir unterstützen ausdrücklich die Idee der Einrichtung eines Instituts für Kommunismusforschung auf dem Campus für Demokratie und fordern die zügige Realisierung des geplanten „Forums Opposition und Widerstand 1945–1990“. Kritisch sehen wir hingegen den vom Bund geplanten Bau eines Archivzentrums auf dem

ehemaligen Stasi-Gelände, weil die Errichtung des riesigen Archivquaders zum Abriss denkmalgeschützter Gebäude führen und den historischen Charakter des Ensembles unwiederbringlich zerstören würde. Im Hinblick auf den 75. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 fordern wir, die lange vernachlässigte Gedenkstätte am Autobahnkreuz Kleeblatt in Zehlendorf im Rahmen einer Neukonzeption mit zusätzlichen Informationsmöglichkeiten sowie verbesserten Zugangsmöglichkeiten auszustatten.

Eine große Gefahr für eine ausgewogene Erinnerungspolitik ist in den letzten Jahren durch die Verbreitung postkolonialer Theorien entstanden. Die fatale Umbenennung der Mohrenstraße hat ebenso wie der unverkennbare Antisemitismus etlicher Vertreter postkolonialer Theorien gezeigt, dass der Postkolonialismus den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht. Die AfD lehnt die Ideologie des Postkolonialismus deswegen ab. Wir fordern, die öffentliche Förderung postkolonialer Initiativen zu beenden und zu einer differenzierten Betrachtung des Kolonialzeitalters zurückzukehren.

HAUSHALT & FINANZEN



BERLIN HANDLUNGSFÄHIG HALTEN – HAUSHALTSWAHRHEIT HERSTELLEN, SCHULDEN BEGRENZEN, PRIORITÄTEN SETZEN

Berlin droht die Haushaltsnotlage. Der finanzpolitische Druck ist erheblich. Die Risiken ergeben sich nicht nur aus der expliziten Verschuldung des Landes. Ebenso gefährlich sind implizite Verpflichtungen und Verlagerungen: Künftige Versorgungs- und Pensionslasten; Bürgschaften; Kapitalmaßnahmen; Kreditaufnahmen und Verbindlichkeiten landeseigener Unternehmen; Nebenhaushalte und Sonderkonstruktionen.

Werden diese Risiken nicht offengelegt, entsteht ein falsches Bild der Haushaltslage – mit entsprechenden Fehlentscheidungen. Unser Ziel ist ein solider, transparenter und steuerungsfähiger Haushalt, der die staatliche Handlungsfähigkeit sichert. Maßstab sind Haushaltswahrheit, Wirtschaftlichkeit, Generationengerechtigkeit und eine klare Konzentration auf Kernaufgaben des Staates. Ein wachsender Haushalt ist kein Qualitätsmerkmal. Entscheidend ist, ob Aufgaben verlässlich erfüllt werden, ohne künftige Haushalte zu überfordern.

Unsere Forderungen für solide Haushaltspolitik:

Haushaltsklarheit und Transparenz: Gesamtbild statt Teilrechnungen

Politische Steuerung setzt vollständige Information voraus. Berlin braucht daher eine Haushaltsdarstellung, die den Kernhaushalt nicht isoliert betrachtet, sondern die gesamte finanzielle Lage abbildet.

Wir fordern einen umfassenden Kassensturz:

- Alle Nebenhaushalte, Sondervermögen und Rücklagensysteme zusammenführen;
- Verbindlichkeiten und Schulden landeseigener Unternehmen erfassen;
- künftige Zahlungs- und Pensionsverpflichtungen einbeziehen;
- eine Gesamtbilanz erstellen, damit ein ehrliches und belastbares Lagebild entsteht.

Wir fordern, finanzielle Transaktionen transparent darzustellen:

- Darlehen, Gesellschafterzuschüsse und Kapitalerhöhungen offenlegen;
- Zweck, Rückzahlungs-Profil, Risiko und Haushaltswirkung ausweisen.

Transparenz ist kein formaler Selbstzweck. Sie ist Voraussetzung parlamentarischer Kontrolle und Grundlage einer seriösen Prioritätensetzung.

Schuldenexpansion stoppen und Schuldenbremse reaktivieren

Berlin muss zur regelgebundenen Haushaltsführung zurückkehren. Kreditfinanzierung ist in Ausnahmesituationen möglich, darf aber nicht zur Routine werden. Besonders problematisch sind Konstruktionen, die Verschuldung außerhalb des Kernhaushalts ermöglichen oder deren Risiko dorthin verlagern. Dadurch werden Belastungen verdeckt, ohne dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes steigt.

Wir setzen uns für folgende Maßnahmen ein:

- Die Schuldenbremse reaktivieren und konsequent anwenden;
- die Schuldenbremse in der Berliner Verfassung verankern, damit sie dauerhaft und verbindlich wirkt;
- die zusätzlichen, grundgesetzlich eröffneten Verschuldungsmöglichkeiten für Berlin in Höhe von 0,35 % des Bruttosozialprodukts nicht in Anspruch nehmen;
- einen verbindlichen Tilgungs- und Konsolidierungspfad einführen.

Kurzfristige Entlastungen dürfen nicht dauerhaft über Kreditaufnahme finanziert werden. Rücklagenverzehr ersetzt keine Strukturreform. Eine solide Schuldenregel schützt die Steuerzahler, begrenzt Zinsrisiken und stellt sicher, dass Investitionen aus tragfähigen Haushalten heraus geplant werden können.

Ausgaben auf Kernaufgaben konzentrieren

Berlin hat kein primäres Einnahmenproblem, sondern ein Ausgaben- und Prioritätenproblem. Ausgaben müssen deshalb anhand klarer Kriterien gesteuert werden: Notwendigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit, Folgekosten. Programme ohne nachweisbaren Nutzen, mit Doppelstrukturen oder fehlender Zieldefinition sind zu beenden oder grundlegend umzubauen.

Wir fordern:

- Eine systematische Aufgaben- und Ausgabenprüfung (Spending Review) über alle Ressorts hinweg;
- die konsequente Anwendung des Wirtschaftlichkeitsgebots;
- Kosten-Nutzen-Abwägung und Folgekosten-Abschätzung sind verpflichtend.

Die Finanzierung politisch agierender Vorfeldstrukturen aus dem Haushalt ist zu beenden:

- Steuermittel für als NGOs auftretende Organisationen, die faktisch politische Kampagnenarbeit betreiben, sind zu streichen;
- staatliche Neutralität ist wiederherzustellen.

Sparpolitik ist nicht ein „Kürzen um des Kürzens willen“. Sie ist die notwendige Voraussetzung, um Kernaufgaben verlässlich zu erfüllen und Investitionen zu ermöglichen, ohne neue Schulden zu erzeugen.

Keine Auslagerung staatlicher Kernaufgaben

Kernaufgaben des Staates müssen im Kernhaushalt abgebildet werden – einschließlich der Finanzierung, der Verantwortlichkeit und der parlamentarischen Kontrolle. Auslagerungen in landeseigene Unternehmen oder Sonderkonstruktionen dürfen nicht dazu dienen, Haushalts-Regeln zu umgehen oder Verschuldung zu verlagern. Insbesondere Schuldenkaskaden sind problematisch: Das Land führt kreditfinanziertes Eigenkapital landeseigenen Unternehmen zu, um diese zur weiteren Kreditaufnahme zu befähigen. Dies verschiebt Risiken und untergräbt die Haushaltswahrheit. Kernaufgaben des Landes Berlin dürfen nicht in landeseigene Unternehmen ausgelagert werden, um Haushaltsgrenzen zu umgehen oder Kredite zu hebeln.

Wir fordern einheitliche Transparenzstandards für Beteiligungen:

- Keine Schuldenkaskaden über landeseigene Unternehmen;
- keine kreditfinanzierten Kapitalzuführungen als Hebel für zusätzliche Verschuldung für ideologisch motivierte Investitionen;
- Darlehen, Bürgschaften, Garantien und Gesellschafterzuschüsse ausweisen;
- Investitionsprogramme und Folgekosten darstellen.

Berlin braucht landeseigene Unternehmen dort, wo sie Aufgaben effizient erfüllen. Berlin braucht sie nicht als Instrument, um Kernhaushaltsregeln zu umgehen.

Notwendige Investitionen finanzierbar halten

Berlin hat einen erheblichen Modernisierungs- und Sanierungsbedarf. Der Investitionsstau der öffentlichen Hand beläuft sich inzwischen auf weit über 100 Mrd. Euro. Investitionen sind erforderlich, insbesondere in: Die Infrastruktur; die Verwaltungsmodernisierung; die Digitalisierung kritischer Systeme; Sicherheits- und Rettungsdienste; Substanzerhalt öffentlicher Gebäude. Investitionen müssen jedoch finanzierbar bleiben. Sie dürfen nicht durch kreditgetriebene Großprogramme ersetzt werden, die den

Haushalt dauerhaft belasten und zukünftige Spielräume einschränken.

Wir fordern eine investive Schwerpunktsetzung auf Substanzerhalt und Funktionsfähigkeit:

Prioritäre Aufgaben sind Instandhaltung, Sanierung, IT-Sicherheit, Verwaltungsdigitalisierung, Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz. Sondervermögen und Bundesmittel sind nur zu nutzen mittels klarer Regeln, deren Einhaltung verpflichtend ist:

- Nur dort einsetzen, wo echte Zusätzlichkeit nachweisbar ist;
- die Umfinanzierung bereits geplanter Kernaufgaben ersetzt keine Investitionspolitik;
- eine klare Abgrenzung, belastbare Projektlisten und transparente Nachweise sind erforderlich.

Wir fordern für Großvorhaben klare Kriterien:

Nutzen, Kosten, Realisierbarkeit, Folgekosten und Risiko müssen vor dem Beschluss geprüft werden – nicht nach Beginn des Vorhabens. Gleichzeitig ist eine Kostenpolitik erforderlich, die ideologische Kostensteigerungen zulasten der Berliner verhindert. Investitionen müssen in ein tragfähiges Finanzierungskonzept eingebettet sein.

Fernwärme und ÖPNV solide und bezahlbar halten

Die öffentliche Hand darf Bürger und Wirtschaft nicht über dauerhaft steigende Kosten belasten, wenn Projekte primär ideologisch begründet sind und nur durch zusätzliche Verschuldung darstellbar werden. Dies gilt insbesondere für Vorhaben, die unter dem Begriff „Klimaneutralität“ in Größenordnungen geplant werden, die den Haushalt strukturell überfordern.

Wir fordern:

- Den Prozess der Dekarbonisierung der Berliner Wärmeversorgung in der vorgesehenen schuldenfinanzierten Dimension zu beenden. Eine Schuldenfinanzierung von bis zu 10 Mrd. Euro sprengt jeden zu verantwortenden Rahmen;
- keine Preiserhöhungen für Berliner durch unsinnige klimapolitische Maßnahmen;
- Preis- und Ticketmaßnahmen im ÖPNV strikt an Finanzierung und Folgekosten zu binden.

Wir fordern für alle energie- und mobilitätspolitischen Investitionen:

- Eine verpflichtende Folgekostenrechnung (Betrieb, Wartung, Ersatz-Investitionen);

→ eine transparente Darstellung der Haushaltswirkungen.

Politik muss bezahlbar bleiben. Maßstab ist nicht das Etikett eines Programms, sondern seine Finanzierbarkeit und seine Wirkung.

Die junge Generation im Blick

Generationengerechtigkeit bedeutet, heutige Entscheidungen nicht in Form verdeckter Verpflichtungen an die Zukunft weiterzugeben. Besonders relevant sind Versorgungs- und Pensionslasten sowie dauerhafte Bindungen, die künftige Haushalte einschränken. Berlin braucht hier Regelbindung, Transparenz und einen klaren Abbaupfad.

Wir fordern ein regelmäßiges, transparentes Monitoring der impliziten Schulden:

- Pensionslasten regelmäßig ermitteln und aktualisieren;
- angemessene Rücklagen bilden.

Wer Generationengerechtigkeit ernst nimmt, muss implizite Schulden genauso behandeln wie explizite.

Haushaltsausgleich in vier Jahren, danach Schuldenabbau

Die Berliner Haushaltspolitik muss wieder auf Stabilität ausgerichtet werden. Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt ohne Haushaltsdefizit innerhalb von vier Jahren und anschließend der Abbau von Verbindlichkeiten. Nur ein solcher Pfad stellt Krisenfestigkeit her und eröffnet Spielräume für Entlastung.

Wir verfolgen das Ziel:

- Innerhalb von vier Jahren einen Haushaltsausgleich ohne Haushaltsdefizit zu erreichen;
- anschließend Verbindlichkeiten systematisch abzubauen;
- Entlastungen und Steuersenkungen nur auf Grundlage solider Haushalte umzusetzen.

Ein tragfähiger Haushalt ist die Voraussetzung, um Bürger und Wirtschaft dauerhaft zu entlasten, ohne neue Risiken zu schaffen. Berlin braucht eine Standortpolitik, die Haushaltsdisziplin, investive Schwerpunktsetzung und Entlastung verbindet – nicht durch Verschiebung von Lasten, sondern durch Prioritätensetzung, Effizienz und Transparenz. Berlin hat Zukunft – aber nur mit Solidität, Berechenbarkeit und einem Haushalt, der Kernaufgaben zuverlässig finanziert, Risiken offenlegt und neue Schulden vermeidet.

Unterstützen Sie die AfD Berlin

www.afd.berlin | www.kristin-brinker.de



Herausgeber: Alternative für Deutschland –
Landesverband Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin
V. i. S. d. P.: Marc Bernicke

POLITISCHE ANZEIGE: Sponsor ist der Landesverband Berlin der Alternative für Deutschland.
Die Anzeige steht im Zusammenhang mit der Wahl zum 20. Abgeordnetenhaus von Berlin am
20. September 2026. Weitere Informationen unter:

